

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ungarn, Oesterreich, Litauen, Estland 4.25 Goldmark, für das übrige Ausland 5.25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Weltweit“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 14. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Didiotto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:  
Die einseitige Spaltenbreite 4,70 Goldmark, Reklamensätze 4.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (auflöflich zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben abhien für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Preis 0,30 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,20.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindendrohe 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

# Doumergue Präsident der Republik.

## Painlevé unterlegen. - Herriot wird ernannt werden und annehmen.

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Nationalversammlung in Versailles hat mit 515 von 860 Stimmen den Senatspräsidenten Doumergue zum Präsidenten der Republik gewählt. Kammerpräsident Painlevé erhielt 309 Stimmen des Kartells der Linken, die sich bereits am Donnerstag auf dem Vorkongress auf seinen Namen vereinigt hatte. Die Kommunisten gaben ihre 21 Stimmen ihrem Genossen Camelinat. Doumergue hat demnach außer den Stimmen der Demokratischen Linken des Senats die gesamten Stimmen der Gemäßigten und der Reaktion beider Häuser des Parlaments erhalten.

Painlevé war der erste, der Doumergue nach der Wahl beglückwünschte. Unter dem Beifall der Nationalversammlung umarmten sich beide. Die Kommunisten deuteten nach Befragung des Ergebnisses ironisch auf die Radikalen und riefen: „Amnestie!“, während die Abgeordneten der Mitte die Marcellaise und die Sozialisten die Internationale anschworen, unter deren Klängen die Sitzung geschlossen wurde.

In Begleitung des Ministerpräsidenten Marjal begab sich Doumergue darauf nach Paris, wo er an der Porte Dauphine von dem Kommandanten von Paris empfangen und von einer Kavallerieeskorte ins Elysee geleitet wurde, aus dem Millerand bereits ausgezogen war. Nach seiner Ankunft im Elysee empfing Doumergue den Ministerpräsidenten, der ihm die Demission des Kabinetts übergab, die angenommen wurde.

Der neue Präsident der französischen Republik, Gaston Doumergue, war nicht weniger als sechsmal in seiner politischen Laufbahn Minister. Er wurde am 1. August 1883 in Vignes-Bines geboren, ist also 61 Jahre alt. Seine politische Laufbahn begann er als Kolonialbeamter in Cochinchina. Zum erstenmal wurde er im Jahre 1893 in die Kammer gewählt; unter Combes wurde er 1902 Kolonialminister. Nach dem Rücktritt Combes' schied er aus der Regierung aus. 1906 lehrte er als Handelsminister zurück. Als 1909 Clemenceau Briand Platz machen mußte, trat auch Doumergue zurück. Inzwischen war er von 1905 bis 1906 Präsident der Kammer und wurde nun in den Senat gewählt. Im Jahre 1913, nach dem Sturz des Kabinetts Barthou, wurde er von Präsident Poincaré mit der Kabinettsbildung beauftragt. Dieses Kabinett, in dem Caillaux die Führerrolle hatte, trat im Juli 1914 zurück. Während des Krieges gehörte Doumergue einige Zeit dem Kriegskabinet an, 1921 war er Finanzminister.

### Die Schadenfreude der Rechten.

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten 48 Stunden sind für die Linke in Frankreich wenig ruhmreich gewesen. Der Mangel an Disziplin in den Reihen der Radikalen und Radikalsozialen des Senats und die offene Aufsehnung eines der Führer gegen die offiziellen Beschlüsse des Vorkongresses hat es dem Nationalen Block ermöglicht, seine Revanche für die Niederlage des 11. Mai und 11. Juni zu nehmen. Gemäß: Doumergue, der neue Präsident, ist kein Reaktionsär. Er hat sein Leben lang für die Demokratie gekämpft. Die Reaktion hat ihm seine aktive Mitarbeit an dem großen Reformwerk Combes', der Trennung von Kirche und Staat, lange nicht vergessen, und als Ministerpräsident hat er 1913 den von der Rechten mit unersöhnlichem Haß verfolgten Caillaux zu seinem Finanzminister gemacht. Als Präsident der demokratischen Linken des Senats und des Senats selbst hat er zwar mancherlei pathetische Ansprachen von stark nationaler Färbung gehalten.

In den innerpolitischen Fragen dagegen hat er sich stets als zuverlässiger und überzeugungstreuer Demokrat gezeigt, der erst in den letzten Wochen durch seine aktive Beteiligung an dem Kampf gegen den Nationalen Block und durch das entschiedene Eintreten für das Kartell der Linken Beweise der Loyalität seiner Gesinnung gegeben hat. Den Verlockungen der Macht aber hat Doumergue nicht zu widerstehen vermocht. Mit der Weigerung, sich dem Beschlusse des Vorkongresses zu unterwerfen, der Painlevé zum offiziellen Kandidaten der Linken erhob, hat Doumergue seine eigene politische Vergangenheit verraten und schändlichen Verrat an der Demokratie begangen. Doumergue mußte wissen, und die Führer des Kartells, die am Freitag dreimal vergeblich versucht hatten, ihn zum Verzicht zu bewegen, haben ihm keinen Zweifel darüber gelassen, daß er nur mit Hilfe der Gemäßigten, des Nationalen Blocks und der Royalisten den Sieg über den Kandidaten der Linken davontragen könne. Er hat trotzdem seinem persönlichen Ehrgeiz alles geopfert, wofür er seit Zeiten gekämpft hatte, die Demokratie und die eigene Vergangenheit.

Der Nationale Block triumphiert. Er ist bescheiden geworden seit dem 11. Mai. Noch vor wenigen Wochen würde die Wahl eines Doumergue ins Elysee das Butzgeheul des Nationalen Blocks erregt haben. Heute feiert er bereits als großen Sieg, daß er die Wahl Painlevés durch sein Eintreten für einen anderen Politiker der Linken zu vereiteln vermochte.

### Bevorstehende Betrauung Herriots.

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Herriot, der nach der Demission Marjals von Doumergue empfangen wurde, dürfte spätestens am Sonnabendvormittag mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden. Es wird angenommen, daß er die Regierung bereits bis Sonnabendabend gebildet hat und sie am Montag unter Verlesung seiner Regierungserklärung der Kammer vorstellt.

Paris, 13. Juni. (W.B.) Unmittelbar nach Beendigung des Wahlaufs erjahlte Präsident Doumergue den Abg. Herriot, ihn nach Schließung der Nationalversammlung sobald als möglich aufzusuchen.

### Der große Tag in Versailles.

Paris, 13. Juni. (G.B.) Versailles und die Umgebung des Schlosses hatten heute das Aussehen, als ob der Belagerungszustand verhängt sei. Auf Schritt und Tritt Polizisten zu Fuß oder zu Pferd, sowie Truppenabteilungen. Im ganzen sind

600 Polizisten, fünf Regimenter und ein Radfahrerbataillon aufgestellt. Die meisten Abgeordneten und Senatoren sind mit Extrakzügen von Paris nach Versailles gekommen. Zahlreiche im Automobil, so die meisten Minister. Der Ordnungsdienst, der weitaus schärfer war, als bei früheren Präsidentenwahlen, wurde vom Innenminister de Selves und dem Direktor der Sicherheitspolizei geleitet. Doumergue kam um 11.10 Uhr an. Er wurde vom Senatspräsidium empfangen. Es verlasste, daß auch Caillaux in Versailles angekommen sei, allerdings unter einem Decknamen. Um 1 Uhr begaben sich die Abgeordneten in Gruppen nach dem Schloß. Die Nationalversammlung wurde um 2 Uhr von Doumergue als Senatspräsident eröffnet und zwar im sogenannten Kongressaal, der bis zur Revolution als Theater des Königs diente. Doumergue verlas zunächst die Verfassungsartikel über die Präsidentenwahl. Dann wurde der Wahlauschuss ernannt und nachher durch das Los der alphabetische Buchstabe, womit der Namensaufruf der Abgeordneten und Senatoren eröffnet werden soll. Das Los bestimmte den Buchstaben J. Als erster wurde der Abgeordnete Ignace aufgerufen, der jedoch abwesend war.

### Doumergues Antrittsrede.

Paris, 13. Juni. (G.B.) Nach der Präsidentenwahl hielt der Vizepräsident des Senats eine Ansprache an Doumergue, in der er während der politischen Vergangenheit des neuen Präsidenten gedachte und ferner erklärte: „Ihre Vergangenheit ist wohl eine Garantie dafür, daß Ihre Tätigkeit als Präsident die Grenzen der verfassungsmäßigen Vollmachten nicht überschreiten wird und daß Sie diese in Uebereinstimmung mit dem Wohle des Landes ausüben werden.“ Diese offensibare Anspielung auf Millerand wird von der Linken lebhaft begrüßt. Darauf hielt François Marjal eine Ansprache, worauf Doumergue mit einigen Worten erwiderte. Er erklärte, daß er das Vertrauen, das man in ihn gesetzt habe, zu rechtfertigen wissen werde. Er gebe der Nationalversammlung die

Zusicherung, daß er die Verfassung respektieren und daß er über den Parteien stehen werde, um als unparteiischer Schiedsrichter zu wirken. Niemand mehr als er werde sich vom Willen des Parlaments leiten lassen, das der Ausdruck der nationalen Souveränität sei. Diese Erklärung wurde mit anhaltendem Beifall aufgenommen.

Darauf lehrte Doumergue in einem Automobil nach Paris zurück. Seinem Wagen fuhr ein mit Polizisten besetztes kleineres Automobil voraus. Auf der ganzen Strecke fanden Sympathieumgebungen des Publikums statt. Doumergue ist im Elysee um 6.35 Uhr angekommen. Eine Truppenabteilung erwies ihm die militärischen Ehren. Der Einzug im Elysee wurde durch 101 Kanonenschüsse bekanntgegeben. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge hatte sich vor dem Elysee eingefunden. Am Abend besuchte Doumergue die Präsidenten der beiden Häuser des Parlaments.

### Ablehnung der Militärkontrolle?

#### Englische Warnung.

London, 13. Juni. (Eigene Funkdepesche.) Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß die offiziös dementierte Meldung über eine deutsche Ablehnung der Militärkontrolle von einer Persönlichkeit des Auswärtigen Amtes stamme. Es ist wohl anzunehmen, daß die dem Korrespondenten gemachte Mitteilung nicht eine Indiscretion, sondern einen ungeschickten Versuchsballon des Auswärtigen Amtes zur Erkundung der Auslandsmeinung darstellt. Der „Manchester Guardian“ rollt die Frage der Militärkontrolle der deutschen Luft-

fahrt auf und stellt ausdrücklich fest, daß trotz illegaler Truppenausbildung unzweifelhaft kein ernsthafter Grund zum Warngeben sei. Der deutsche Vorschlag, die Militärkontrolle dem Völkerbund zu übertragen, sei in mancher Beziehung ausgezeichnet. Trotdem müsse sich Deutschland den Realitäten unterwerfen und erkennen, daß

Deutschlands gegenwärtige zweideutige Haltung für die Alliierten unannehmbar

sei. Ein Verharren in dieser Haltung wäre eine Unterstützung derjenigen, die glauben, daß Deutschland etwas verberge. Deutschland müsse sich damit einen Teil der ihm freundschaftlichen Gesinnungen in Frankreich, das angstvoll die Blicke auf die kommenden Reichstagsverhandlungen richte, da Anlaß zu der Furcht bestehe, die Radikalen könnten die Regierung zu dem Wahnsinn einer Ablehnung der Militärkontrolle nötigen.

Doumergue, der Senatspräsident, ist mit großer Mehrheit gegen Painlevé, den neuen Kammerpräsidenten, zum Präsidenten der französischen Republik gewählt worden; von einem Teil der Linken, weil er bei ihr persönliche Sympathien hat und weil sie zu seiner republikanisch-fortschrittlichen Gesinnung Vertrauen hat, von der gesamten Rechten - weil er nicht Painlevé heißt.

Painlevé war der Kandidat der Sozialisten und der „linken Linken“, darum war der Rechten jeder andere lieber als er. Painlevé ist von den beiden Kandidaten der aktivere Politiker, das disqualifizierte ihn in den Augen eines Teils der Radikalen, die eine möglichst unpersonliche Erscheinung an der Spitze des Staates haben wollen, damit die übertragende Stellung der Kammer keine Verdunkelung erfährt.

Andererseits wurde das Eintreten der Rechten für Doumergue als das kleinere Uebel u. a. auch durch den Umstand bestimmt, daß im Fall der Wahl Painlevés zum Präsidenten der Sozialist Paul Boncour Kammerpräsident geworden wäre.

Nach der Tradition der Verfassung und vor allem nach dem lehrreichen Fall Millerand hätte indes auch Painlevé nichts anderes sein können, als was Doumergue zweifellos sein wird: ein solches, streng auf politische Zurückhaltung bedachtes konstitutionelles Oberhaupt einer parlamentarischen Demokratie. Doumergue, der mit den Stimmen der Rechten gewählt ist, wird entsprechend den Mehrheitsverhältnissen des Parlaments Herriot, den Führer des Linkenblocks, zum Ministerpräsidenten ernennen, und dieser wird ihm, dem Parteifreund, nicht verweigern, was er Millerand, dem Gegner, abgeschlagen hat. Herriot wird die Ernennung zum Ministerpräsidenten annehmen, und dann wird das Gesicht der französischen Politik nicht von Doumergue und der Kongressmehrheit vom 13. Juni, sondern von Herriot und der Kammermehrheit des 11. Mai bestimmt werden.

Der neue Präsident der französischen Republik vollendet am 1. August sein 61. Lebensjahr. Er ist von Beruf Rechtsanwält, wurde zuerst im radikalen Kabinett Waldeck-Rousseau Minister und hat dann noch verschiedenen anderen Kabinetten angehört, ohne jemals eine entscheidende Rolle zu spielen. Seine verbindliche Natur hat es ihm ermöglicht, zugleich persönlicher Freund von Poincaré und von Caillaux zu sein. Während des Krieges hat er - wie so viele bürgerliche Politiker Deutschlands auch - eine annerkennenswerte Belastung erfahren, indem er in diplomatischen Verhandlungen mit Rußland tätig war, bei denen das Rheinland eine Rolle spielte. Inzwischen hat er als Mitarbeiter südfranzösischer Blätter, wie der „Dépêche de Toulouse“ für die einst auch Jean Jaurès schrieb, scharf gegen die Ruhrbesetzung protestiert, und bei den letzten Kammerwahlen hat er durch sein entschiedenes Eintreten für den Linkenblock sogar in sozialistischen Kreisen Sympathien gewonnen.

Gegenüber diesen weichen und etwas verschwommenen Konturen, die das Charakterbild Doumergues aufweist, erscheint Painlevé, der neue Kammerpräsident, als eine scharf umrissene Persönlichkeit. Die Rechte haßt ihn tödlich, so er ist in ihrer Phantasie sogar mit einer Art von „Dolchstoßlegende“ behaftet, da er im Jahre 1917 als Ministerpräsident gegen den Willen des Generalstabes die Einstellung der allzu opferreichen Stürme auf den Chemin des Dames durchsetzte, von denen die militärischen Führer einen entscheidenden Erfolg erhofft hatten. Dadurch und durch sein tapferes Einstehen für den zu Unrecht verbannenen Minister Raoul ist er bei Daudey und den Seinen beinahe in den Ruf eines „Defätisten“ geraten. Noch in letzter Zeit hat er sich - so in seinem vielbeachteten Interview mit dem Pariser Mitarbeiter des „Vorwärts“ - als ein entschiedener Anhänger der deutsch-französischen Ver-

ständig bekannt. Kein Wunder, daß die nationalen Blätter von vornherein entschlossen waren, lieber den Teufel als Painlevé zu wählen, und da Doumergue, wie man gesehen hat, alles eher als ein Teufel ist, ist seine Wahl mit Hilfe der Rechte kein Wunder.

Das alles ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß die Linken eine empfindliche Schlappe erlitten hat. Sie hätte ihr entgehen können entweder, wenn sie selber Doumergue vorschlug, der doch auch einer der Ihren war, oder indem sie alle ihre Anhänger zu geschlossenem Eintreten für Painlevé verpflichtete. Da sie das erste nicht tat und das zweite ihr nicht gelang, kam sie in die peinliche Lage, ihren eigenen Kandidaten unterliegen und einen ihrer Parteigänger als Kandidaten der Gegner aus der Wahl siegreich hervorgehen zu sehen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Rechte, die nach dem Wahlausgang und dem Rücktritt Millerands die Ohren tief hängen ließ, durch den Ausfall der Präsidentenwahl wieder ermutigt werden wird. Herriot wird als Ministerpräsident einen schwereren Stand haben, als er ihn gehabt hätte, wenn die Operation der Linken bei der Präsidentenwahl glücklicher verlaufen wäre. Die Rechte wird es nun gewiß nicht unterlassen, die Linken immer wieder auf brüchige Stellen abzuklopfen. Es wird nun darauf ankommen, daß sie sich in sachlichen Fragen geschlossener zeigt als in persönlichen.

An dem grundsätzlichen Umschwung, der in der französischen Politik eingetreten ist, ändert dieser Zwischenfall nichts. Das Kabinett Herriot hat in der Kammer eine starke Mehrheit, und es muß eine andere Politik machen als Poincaré. Es wird zur Verständigung mit Deutschland bereit sein. Sein Erfolg wird zum großen Teil von dem Verständnis abhängen, das man in Deutschland seinen Bestrebungen entgegenbringen wird.

## Deutscher Wille zur Verständigung.

Erklärung des Reichskanzlers.

Bonn, 13. Juni. (Mit.) Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Mitarbeiters mit Reichskanzler Dr. Marx, in der dieser u. a. sagte:

„Wir haben die Hoffnung, daß wir bei der allgemeinen Regelung der Reparationsfrage auch mit der neuen französischen Regierung zu einem Uebereinkommen gelangen werden. Unsere Hoffnung gründet sich darauf, daß jetzt eine Verständigungsbasis auf Grund des von den Verbündeten und von uns angenommenen Dawes-Gutachtens besteht. Als Vorbedingung für eine Regelung beziehungsweise der Kanzler die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches müßten auch für das deutsche Rheinland gewahrt werden. Bei der allgemeinen Regelung, so sagte der Kanzler, ist neben der Befestigung der Zollgrenze auch die Befestigung der Erschwernisse der Ein- und Ausreise zu fordern. Die völlige Einheit und Verbundenheit des besetzten Gebietes mit dem unbesetzten Gebiet ist eine Tatsache, die auch die früheren französischen Machthaber nicht ändern konnten. Zum Schluß sagte der Kanzler, daß, wenn Frankreichs neue Männer die Lösung der Reparationsfrage ernsthaft wollen, auch eine Verständigung mit ihnen möglich sein werde.“

## Entspannung im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 13. Juni. (Mit.) Die Meldung eines hiesigen Blattes, daß Regierungspräsident Haenisch mit seinen Beamten beabsichtigt, den Sitz der Regierung wieder nach Wiesbaden zu verlegen, und zwar zu Ende nächster Woche oder am 1. Juli, entspricht, wie wir von zuständiger Seite erfahren, in dieser Form nicht den Tatsachen. Als unmittelbare Folge des politischen Umschwungs in Frankreich hat sich auch eine Ent-

spannung der Verhältnisse im besetzten Gebiet angebahnt. Als erste Folge dieser Entspannung ist die Rückkehr einer Reihe von ausgewiesenen Kommunalbeamten zu verzeichnen. Auch einzelne Beurteilte sind von der Besatzungsbehörde in Freiheit gesetzt worden. Von höheren Beamten ist als erster der Regierungspräsident Rombach aus Aachen in sein Amt wieder eingesetzt worden. Es ist mit Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß neben anderen Beamten demnächst auch Regierungspräsident Haenisch das Amt in Wiesbaden wieder übernehmen können. Zur Vorbereitung der Wiederherstellung normaler Verhältnisse im besetzten Gebiet hat vor etwa 2 Wochen in Wiesbaden eine Besprechung stattgefunden, an der auch der Regierungspräsident Haenisch teilgenommen hat. Einzelheiten über diese Besprechung dürfen im staatlichen Interesse vorerst nicht mitgeteilt werden.

## Der Gefangenenrücktransport.

In dem Rücktransport der deutschen Rhein- und Ruhrgefangenen aus den französischen Gefängnissen des besetzten Gebietes sieht die deutsche Regierung, wie wir von unterrichteter Seite hören, einen ersten Anfang zur Schaffung einer neuen Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich. Von deutscher Seite sind daher auch sofort sechs Franzosen, an deren weiterer Haft kein besonderes deutsches Interesse vorliegt, freigelassen worden. Die belgische Regierung hat in der Frage des Gefangenenrücktransportes bis zur Stunde das französische Beispiel noch nicht nachgeahmt. Die deutsche Regierung hat in dieser Richtung inzwischen bei der belgischen Regierung bereits Schritte unternommen.

Während es sich beim Gefangenenrücktransport nur um eine einfache Verwaltungsmaßnahme handelt, die schnell durchgeführt werden kann, liegen die Verhältnisse bei der Freilassung der Rhein- und Ruhrgefangenen komplizierter. Die Amnestie kann außer durch Befehl nur vom Präsidenten von Frankreich erlassen werden. Eine Amnestie kann also gegebenenfalls erst in den nächsten Tagen in Betracht kommen.

## Die Durchführung der Gutachten.

Beratung der Gesetze Ende Juli.

Die Euphorie-Korrespondenz meldet: Die Gesetzentwürfe zur Durchführung des Sachverständigengutachtens werden zurzeit in den beteiligten Reichsministerien mit Nachdruck gefördert. Da aber die Verhandlungen mit den Organisationsausschüssen der Reparationskommission in Paris noch nicht abgeschlossen sind, ist nicht damit zu rechnen, daß die Gesetzentwürfe vor Mitte Juli dem Reichstag zugehen können; der Reichstag wird also frühestens in der zweiten Julihälfte in ihre Beratung eintreten können.

Die bisherigen Verhandlungen mit den Organisationsausschüssen und die Fassung der Gesetzentwürfe lassen es aller Voraussicht nach als wahrscheinlich erscheinen, daß eine Zweidrittelmehrheit, z. B. für das Eisenbahngesetz, entgegen der bisherigen Annahme, nicht erforderlich sein wird, sondern daß für die Annahme aller Gesetze die einfache Mehrheit genügen wird.

## Verlängerung der Micum-Verträge?

Düsseldorf, 13. Juni. (Mit.) Ueber die schwebenden Micum-Verhandlungen verläutet aus bestunterrichteten Kreisen, daß wahrscheinlich auf der Grundlage ein Uebereinkommen zustande käme, daß die jetzt ablaufenden Verträge um 4 bis 6 Wochen unter den bisherigen Bedingungen verlängert werden.

## Loucheur Reparationspräsident?

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Es verläutet zuverläßlich, daß der gegenwärtige Delegierte und Vorsitzende der Reparationskommission Barthou von der neuen Regierung abberufen und durch Loucheur ersetzt werden wird. Barthou soll in Nordafrika ein hohes Amt erhalten.

## Rückkehr der Ausgewiesenen.

Ämtliche Mitteilung der belgischen Regierung.

Löbn, 13. Juni. (Mit.) Die der „Kölnischen Zeitung“ aus London gemeldet wird, teilt die belgische Regierung der englischen mit, daß den aus dem belgisch-besetzten Gebiet Ausgewiesenen bis auf rund 200 Personen die Rückkehr gestattet wurde und nur etwa 10 Personen noch im Gefängnis seien. Die Rechtsfälle würden neu geprüft. „Daily Telegraph“ versichert, daß Macdonald seit seinem Amtsantritt ständig bei den Verbündeten auf Regelung dieser Angelegenheit dringe.

## Die Schulnot im besetzten Gebiet.

3200 Schulklassen beschlagnahmt. — 80 000 Kinder ohne vollen Unterricht. — Schulen in Wirtshäusern und Baracken.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat der Reichsregierung eine umfangreiche Denkschrift über die Schulnot im besetzten Gebiet unter Beifügung statistischen Materials überreicht. In der Denkschrift wird u. a. ausgeführt:

Unter der Besetzung hat in ganz besonderem Maße das Schulwesen gelitten, vor allem dadurch, daß zahlreiche Schulen durch die Besatzungsbehörden oder Truppen beschlagnahmt wurden. Der Statistik zufolge wurden 215 Schulgebäude ganz und 65 Schulgebäude teilweise beschlagnahmt; die Zahl der beschlagnahmten Schulklassen beträgt über 3200, über 79 000 Kinder erhielten unzureichenden Unterricht; in diesen Ziffern fehlen die Angaben des Regierungsbezirks Koblenz, aus dem infolge der separatistischen Wirren keine Berichte einliefen.

Vielfach mußten Gebäude mit zwei oder gar drei Schulen belegt, in anderen Fällen mußten die Schulen auf weit auseinanderliegende Gebäude verteilt werden. Selbst in Wirtshäusern oder Baracken wurden Klassen untergebracht. Einzelne Unterrichtsfächer mußten ganz ausfallen, andere stark eingeschränkt werden. Die Stadt Essen wurde gezwungen, 12 Klassen verschiedener Schulen herzugeben, damit für die Kinder von 2000 französischen Familien eine französische Schule eingerichtet werden konnte.

Bei der Vereinigung mehrerer Schulen in einem Gebäude muß der Unterricht sehr früh beginnen und vielfach recht spät aufhören. In beiden Fällen findet er bei ungenügender künstlicher Beleuchtung statt, deren Folgen für das Augenlicht nicht erörtert zu werden brauchen. Ferner fehlt es in derartigen Gebäuden an hinreichenden Möglichkeiten zur Reinigung und Lüftung, die Pausen müssen gekürzt werden, die Spielnachmittage fallen fort. Neben den körperlichen Gefahren ist zu befürchten, daß allmählich das geistige Niveau der Schulen herabgedrückt wird. Dies gilt für alle Unterrichtsfächer, namentlich aber für solche, in denen, wie z. B. in der Naturwissenschaft, Anschauungsmaterial gebraucht wird.

Es darf nicht übersehen werden, daß auch den Eltern aus den Folgen der Beschlagnahme erhebliche Schwierigkeiten erwachsen. Die Hauswirtschaft leidet stark unter den Unregelmäßigkeiten, es entstehen höhere Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung sowie für Straßenbahnbenutzung bei weiteren Schulwegen.

Am Schluß der Denkschrift appelliert der Minister an das Weltgewissen, nicht achtlos daran vorüberzugehen, daß unzählige Kinder einstmalis blühender Provinzen nicht wieder gutzumachende Schädigungen erfahren. Die gesamte gebildete Welt wird aufgerufen, daran mitzumirken, daß die Schulen des besetzten Gebietes baldigst freigegeben werden.

Unser Dortmunder Parteilorgan, die „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“, wurde von der Besatzungsbehörde ohne Angabe von Gründen auf acht Tage verboten.

Republikanisierung der Jäcker. Der frühere Erbkönig von Lippe, der 22 jährige Prinz Ernst zur Lippe-Biesterfeld, hat sich mit der bisher am Uppischen Landestheater in Detmold engagierten Soubrète Fräulein Lotte Rizzen verlobt.

## Wenn es brennt!

Von Erich Keffler.

„Mutta! ... Nutta!“ schreit's auf dem Hof.  
„Mutta! ... Nutta!“ brüllt's, als ob ein Nord passiert.  
Ein Fenster öffnet sich und eine Stimme kreischt: „Mutta's Maul, dumme Jöhre!“

„Mutta, et brennt, die ganze Fabrike steht in Flammen!“  
„Wo denn, wo denn?“  
„An de Brücke. Kommt bloß schnell! Und — Nutta, Nutta — bring mir eine Stulle mit.“

Bahnähnliches Feuerwehrgewimmel.  
Die ganze Straße ist feberhaft erregt. Alles rost zum Feuer.  
Ich auch. Dicker Qualm! Und Menschen. ...  
„De schöne Fabrike,“ jammern die Frauen.

Sie ist ein gewaltiges Flammenmeer. Fensterkreuze burzeln in den Hof. Dachteile folgen. Feuerblitze schleichen aus dem vierten Stockwerk und besetzen gierig die roten Hausmauern. Diese werden schwarz. Unzählige Papierfetzen, teilweise noch brennend, flattern durch die Luft.

„Sieh bloß, Nutta, wie un Rintopp. So wat seh id jerne. Hast mit och die Stulle mitgebracht?“

Ein Arbeiter sagt zu seinem Kollegen: „Fein, da jibt's ne Menge Arbeit, wenn det alles wieder uffgebaut wird.“

Eine ärmlich gekleidete Frau schluchzt: „Und meiner is nu wieder arbeitslos. Wat soll bloß noch werden?“

Die Nachbarhäuser werden von Feuerwehrlenten geschützt. Sie sind auf den Dächern und drücken Bodenfenster ein. Da meint ein duster Junge: „Sieh mal, Waze, da könn' wir beide noch vilie fern.“

Rognesium brennt und gibt ein blendend weißes Licht. Brennendes Rognesium läßt sich nicht mit Wasser löschen, sondern muß durch Sand erstickt werden. Deshalb schleppen die Feuerwehrlente Säcke und Rollen voll Sand.

Eine Frau mit starkem Busen und einer großen Zahnlücke im Munde sieht das und wettet los: „Nu sehst doch bloß die Doosföppe an. Statt zu löschen, schleppen se Sand. Wasser müssen se jeben, aber feste. Na, haben Se Worte. Die Sande hat ja keine blasse Ahnung, wie man Feuer löschet. Mit Sand?! Denen is wohl 'n Funken in's Gehirn jeslogen?“

Ein Wachtmeister greift ein: „Beruhigen Sie sich man ...“

Die Frau: „Wat hecht hier beruhigen?“  
Der Wachtmeister: „Gehen Sie weiter.“

Die Frau: „Det bestimm Sie wat?“  
Der Wachtmeister: „Also, gehen Sie weiter.“

Eine Stimme aus der Menge: „Noch beite noch Houje kommt und wosch de Windein.“

Die Frau: „Ihr jrüne Jungs, ihr könnt doch bei mir keene Boleiten kochen, da müßt' erst mal hinter de Ohra iraden werden.“  
Der Wachtmeister: „Jehst gehen Sie aber weiter, verstanden!“

Die Frau: „Ihr könnt mir alle mal fern hoben. Id hob 'n Schein.“ Und sie verschwand.

Die Schutzpolizei hatte natürlich Absperrungen vorgenommen. Die Fuhrwerke mußten durch Nebenstraßen weiterfahren. Der Straßenbahnverkehr ruhte ganz.

Einer, mit einer Sportmütze auf dem Kopf, will durchaus durch die Postenfette und brüllt: „Hassen Se mir nich an. Id will hier durch, und wenn id hier durch will, denn komme id hier soch durch. Nehmen Se de Hand weg, sage id Ihnen, lassen Se mir nich an, id werde sonst jemein!“

Ich gehe weiter, denn der Qualm wird allmählich unangenehm. Aber die Menschen stehen und staunen und sind alle so schrecklich klug.

Am Abend — es sind fünf Stunden verstrichen — gehe ich wieder zur Brandstelle. Es brennt noch. Und die Menschen staunen noch immer. Und die dicke Keifende quasselt noch. Sie hat sich einen besseren Platz gesucht. Der mit der Sportmütze ist auch noch da und schimpft auf die Grünen.

Aus dem Dach und den Bodensfenstern eines Nachbarhauses dringt dicker Qualm. Die vierte Etage wird geräumt. Hilflos stehen die Bewohner auf der Straße. Jeder hat ein Stück Bett mitgenommen. Da schreit es plötzlich aus der Menge: „Die Wangen hieken's wohl nicht mehr aus, wat? Den wurde det wohl zu warm?“

Die Feuerwehre gibt kräftig Wasser. Das ist natürlich in die vom Feuer verkohnt gebliebenen Stockwerke durchgeschleudert. Feuerwehrlente und Arbeiter gießen das ausgefangene schmutzige Wasser durch die Fenster in den Hof. „Na,“ sagt eine Frau, „da is soch schon lange nich mehr reene jemacht worden. Son dreckjes Wasser.“

Da schreit plötzlich ein kleiner Knirps, der schon seit Stunden auf einer Brückenfigur reitet: „Da drüben — da drüben — da brennt's doch!“

„Alles dreht sich um und verschobene rufen: „Wo denn?“  
„Na da — vier Treppen — da brennt ne Lampe!“

Schon hat einer den Jungen von seinem lustigen Sitz heruntergeholt und ihm ein paar Backpfeifen verabreicht, daß es man nur so rraucht.

Heulend schleibt der Spötter ab und schimpft: „Oder Ockel!“  
„Rausjimm'el!“ ruft der Schläger nach.

Ich verschwinde.

Am anderen Morgen bringen die Zeitungen spaltenlange Berichte und versichern, daß das Rognesium nicht gelöscht werden kann, sondern ausbrennen muß und daß der Brand voraussichtlich noch zwei Tage andauern wird.

Richtig — es quasselt noch.

Und Menschen sind da, als ob ganz Berlin arbeitslos wäre. Mit Kinderwagen und Freistühlen, mit Stufenstufen und Thermosflaschen sind sie aus allen Teilen Berlins angerückt. Und launend erklärt eine Frau einer Mutter, die ihr Radel abhällt: „In dieser Woche spare id det Rintoppje!“

„Da haben Se recht,“ erwidert die junge Mutter. „Aber wissen Se, det ewige Brennen habe id mir schon richtig überjesehen. Det wird Zeit, det mal wat anderet passiert.“

Hoch oben auf einer großen Brückenlaterne sitzt ein Junge und brüllt aus Leibeskräften:

„Janz Berlin kommt anjerkent:  
Wenn et brennt — wenn et brennt.“  
Und das Härste wohl stimmt!

## Jimmyschuhe.

Der alte Tischler stand im Direktorzimmer. Seine Knie schwankten vor Schwäche und Aufregung: „Det halte id nich mehr länger aus mit die Kurzarbeit, Herr Direktor, — da verhungre id bel ...“  
„Verhungern?“ ahnte der Chef den Tonfall nach: „Verhungern?“ und die Brauen über seinen grauen Schweinsaugeln wölben sich zu göttlichen Spitzbögen: „Wer wird so harte Worte sprechen? — Id habe selber nicht zu tun ... Aber hier haben Sie ein Paar Stiesel, wenig getragen, damit Sie mein gutes Herz erkennen ...“

Der alte Arbeiter zog die Schuftern nach vorn, dankte und ging. Erst draußen vor der Tür ärgerte er sich: Arbeit wollte er haben, keine Almosen! Doch ablehnen und davonlaufen? ... Das waag ja heututage nicht mal ein Junger. — Ja, wenn das vor zehn Jahren gewesen wäre ... Da hätte er ihm die getrogenen Treter einfach vor die Füße geschmissen! ...

Waren schlechte Jahre, die letzten zehn: Der einzige Junge küchelte vor der politischen Polizei nach Amerika, und Mutter brach bald darauf an der Nähmaschine zusammen. Jahreslang blieb sie geahmt. — Jehst kann sie gerade wieder das bishigen Wirtschaft besorgen, und schon davon wird ihr immer so schwindlig. —

„Trotzdem, eigentlich hätte man es besser sagen können“, brummte Vater Sulz, als er, in seinem Arbeitsraum angefangen, die Direktorstiege nun doch in die Ecke feuerte: „nämlich, wenn man in der Gewerkschaft geblieben wäre! — Die Gewerkschaft, Teufel, ja, war man nicht mit ihrem Schicksal aufs innigste verbunden? — Tiefen die Arbeiter weg aus ihr, so verlor sie an Macht; kamen sie zurück, so gewann sie wieder ...“ Sulz schaute sich an den Schädel: „Herrgott, dann ging man eben wieder hinein!“

„Und das Eintrittsgeld? — Teufel, ja, das mußten die Stiesel bringen!“

Gedacht — getan. Die Jimmyschuhe des Herrn Direktors wanderten also zum Tröddler, um doch noch ein gutes Werk zu tun! —

Erich Hermann.

Die Radiotechnik im Dienste der Wetterforschung. Ein Gewitter ist der Radiotechnik im allgemeinen nur eine unliebsame Störung des sonst so wohlgeordneten und friedlichen Äthers, die sich durch knackende, raschende und brodelnde Geräusche bemerkbar macht und häufig den Empfang der elektrischen Wellen gänzlich verhindert. Betrachtet man aber die durch Gewitter verursachten atmosphärischen Störungen als Zeichen einer großen, von der Natur errichteten Radiostation, so sieht man ohne weiteres die Möglichkeit ein, mit einer Rahmen-Antenne die Richtung zu bestimmen, in der sich das Gewitter befindet. Die von einem Gewitter ausgesandten Zeichen sind natürlich nicht, wie z. B. die einer Flugzeugstation, durch eine

## Abstimmungen auf dem Parteitag. Einigung in Sachsen.

Das Hauptinteresse der gestrigen Nachmittagsitzung konzentrierte sich auf die beiden namentlichen Abstimmungen, von denen sich die eine auf die Resolution Hermann Müller zur Koalitionspolitik, die andere auf einen Antrag Eckstein-Breslau bezog, der die Reichstagsfraktion darauf verpflichtete, den Reichswahlkreis abzuweisen. Die Resolution Hermann Müller wurde mit 262 gegen 105 Stimmen angenommen, die Resolution Eckstein mit 249 gegen 99 Stimmen abgelehnt.

Damit ist gesagt, daß sich die Partei den Weg zur Bildung von Regierungen mit bürgerlichen Parteien zusammen nicht veripern will und daß sie folgerichtig auch der Fraktion in der Frage der Behandlung des Reichswahlkreises freie Hand läßt.

Die Minderheit hat nicht glücklich operiert, indem sie den Mitglieder des Parteivorstandes das Recht, über die Resolution Müller mitabzustimmen, aus nicht durchschlagenden Gründen des Statuts bestritten wollte. Es hat sich gezeigt, daß der Parteivorstand, auch wenn er selber nicht mitgestimmt hätte, die erdrückende Mehrheit des Parteitages auf seiner Seite hatte.

Wie falsch es ist, die in der Partei vorhandenen Meinungsverschiedenheiten allzu häufig zu übertreiben, bewies nach der Bericht der Sachkommission, erstattet vom Genossen Buchnik, aus dem sich die hoch erfreuliche Tatsache ergab, daß es gelungen ist, die sächsischen Parteidifferenzen zu bereinigen. Der Bericht wurde einstimmig unter allgemeinem Händeklatschen angenommen. Man darf hoffen, daß die Herstellung des Parteifriedens in Sachsen eine wohlthätige Wirkung auf das Leben der Gesamtpartei ausüben wird.

Dann legte Lipinski, ein Spezialist in diesem Fach, mit viel Scharfsinn das Wesen des neuen Organisationsstatuts dar. Widerstand fand nur eine einzige Bestimmung, die dem Parteivorstand die Vollmacht gibt, verkappte Gegner der Partei aus dem Parteilieben auszuschalten. Indes war es auch hier nur eine Minderheit, die den schwarzen Verdacht hegte, diese neue Bestimmung könnte dazu mißbraucht werden, die Austragung sachlich erörterter Meinungsverschiedenheiten irgendwie einzuschränken. Das neue Organisationsstatut wurde schließlich mit der angefochtenen Bestimmung in Endlos-Abstimmung angenommen.

Die Partei hat den festen Willen gezeigt, als eine staatsbejahende Partei der Republik im Interesse des arbeitenden Volkes positive Arbeit zu leisten und sich die dazu notwendigen Formen zu geben. Das ist der bedeutungsvolle Ertrag des gestrigen Tages.

## Kapital und Presse.

### Gefährnisse aus beruflichem Munde.

In der Schrift „Staat oder Wirtschaft“, die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herausgegeben wird, finden wir in einem Aufsatz über Wirtschaftsinteressen bezeichnende Bemerkungen. Es heißt dort in einer Erörterung über die Beziehungen zwischen Kapital und Presse: „Ohne Kampf und ohne Schwierigkeiten, die sich aus der Doppelnatur der Zeitung als eines trotz seinem öffentlichen Charakter in die kapitalistische Wirtschaft eingeordneten Erwerbsunternehmens ergeben, geht es selten ab. ... Man darf ruhig feststellen, daß die Unabhängigkeit der Presse gewissen „Wirtschaftlern“ ein Dorn im Auge ist, den mit allen Mitteln herauszuziehen, sie bemüht bleiben. ... Die Erkenntnis, daß mit dem offensichtlichen Aufkauf einer Zeitung für die Sonderworte der Wirtschaft nicht viel zu erreichen ist, scheint an Einfluss zu gewinnen. Um so häufiger werden die Versuche, auf indirektem Wege auf die Haltung der Zeitung Einfluss zu gewinnen. Versuche, die man kurz mit den Schlagworten „Zuckerbrot und Peitsche“ kennzeichnen kann. Jeder

bestimmte Wellenlänge gekennzeichnet. Zur Ortsbestimmung eines Gewitters genügen daher, wie „Radio für Alle“ berichtet, nicht die Messungen von zwei Stationen, die möglicherweise zwei ganz verschiedene Gewitter betreffen könnten, sondern es sind mindestens drei, noch besser aber vier Stationen erforderlich, wenn Irrtümer ausgeschlossen werden sollen. In England sind zahlreiche Röhrenstationen beauftragt, in regelmäßigen Zwischenräumen die Richtungen atmosphärischer Störungen festzustellen; die Ergebnisse werden an eine Sammelstelle in Alderhot telegraphiert, die dann auf einer großen Karte, die jeweiligen Gewitterorte genau bestimmt. Die erste brauchbare Ortsbestimmung in England ergab eine Entfernung des Gewitters von etwa 500 Kilometer, bei späteren Messungen wurde u. a. ein Gewitter in Venedig, also in einer Entfernung von mehr als 1600 Kilometer, richtig festgestellt. Besonders interessant ist es, auf diese Weise die Bahn eines Gewitters zu verfolgen. Die Station Alderhot stellte z. B. eines Morgens ein Gewitter fest, das westlich von Bordeaux in den Golf von Biscaya einbrach. Von hier aus bewegte es sich in nordöstlicher Richtung auf Rochefort zu bis zum Nachmittag, drehte sich dann ostwärts auf Brest, wo es am Abend desselben Tages festgestellt wurde, und war noch in der folgenden Nacht in Südrantreich in Bewegung. Welche Bedeutung die Wetterbeobachtungen durch Radiostationen für Luft- und Seefahrt hat, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es ist aber durchaus möglich, daß bei systematischem Ausbau der Gewitterbeobachtungen noch viele wertvolle Einzelheiten über ihre Entstehung und ihre Wanderungen gefunden werden; daraus wird dann auch die Radiotechnik wieder Vorteile ziehen. Beim Neubau von Stationen z. B. könnte man auf bevorzugte Gewitterbahnen Rücksicht nehmen, um so schon durch die Lage der Stationen zueinander einen möglichst störungsfreien Betrieb zu erhalten.

Das „Heilige Jahr“ der katholischen Welt. Rom rüstet sich zur Feier des „Heiligen Jahres“, das 1925 wieder mit festlichem Pomp begangen werden soll. Es ist das Jubiläumjahr, das alle 25 Jahre gefeiert wird, und mit dem die katholische Kirche den in Rom aus aller Herren Länder herbeigeströmten Gläubigen „Frieden und Versöhnung“ verkündet. Die Institution des heiligen Jahres wurde im Jahre 1300 vom Papst Bonifatius VIII. begründet. Dante selbst nahm als Pilger an dieser ersten Feier teil und hat den Zug der Gläubigen über die San-Anselmo-Brücke dichterisch verherrlicht. Ein zweites heiliges Jahr wurde 50 Jahre später unter Papst Clemens VI. ausgerufen. Nach dem Bericht der zeitgenössischen Geschichtsschreiber überflieg damals die Zahl der in Rom verammelten Pilger eine Million. Papst Paul II. ordnete 1470 an, daß das Jubiläum alle 25 Jahre feierlich begangen werden soll. Durch besonderen Pomp zeichnete sich die Feier aus, die Papst Alexander VI. veranstaltete, und bei der er die sogenannte „Porta Santa“ der Peterskirche öffnete. Das letzte „Heilige Jahr“ wurde im Jahre 1900 gefeiert, und diese Feier überragte an Prunkhaftigkeit alle vorangegangenen. Papst Leo XIII. eröffnete bei der Gelegenheit, nachdem er die Gitter der vatikanischen Basilika geschlossen hatte, das heilige Tor von St. Peter mit einer Zeremonie, der mehr als eine Million Pilger beiwohnten.

Eine freie Volksschule wird in Didenburg organisiert werden. Generalsekretär Dr. Rehrig in Berlin und Intendant Gsell in Didenburg haben bereits die Vorarbeiten beendet.

Angehörige der Wirtschaft und der Presse weiß, wie diese Methode sich auszuwirken pflegt: in Befehden oder Drohungen gegenüber den Journalisten, in üppiger Vergebung von Anzeigen oder in absichtlicher Vorenthaltung von Aufträgen, wenn nicht gar in Boykottandrohungen gegenüber den Verlegern. Ein unwürdiges und für die allgemeine Geschäftsmoral gleich gefährliches Verfahren, das glücklicherweise in Deutschland auch heute noch nicht den Umfang angenommen hat, wie etwa in den romanischen Ländern, aber doch nicht mehr überall auf die Ablehnung stößt, die die deutschen Presseverhältnisse der Vorkriegszeit ganz allgemein vorzuziehen von denen anderer Länder unterschieden.

Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände wird schon wissen, ob diese Behauptungen zu recht aufgestellt werden. Die maßgebenden Kräfte der Wirtschaft konnten mit allen Mitteln die Presse vor ihren Wagen spannen. Die Arbeiterschaft hat das längst erkannt und weiß, daß für sie deshalb der Ausbau einer eigenen, absolut unabhängigen Presse und eines zuverlässigen Nachrichtenendienstes eine der wichtigsten Aufgaben in ihrem Kampfe für den sozialen Aufstieg der Minderbemittelten ist.

## Die Angst vor der Verfassungsfeier.

Im Reichskabinett sind Bestrebungen im Gange, in diesem Jahre die Feier des Verfassungstages zu verbinden mit einer Gedenkfeier zur Erinnerung an den Ausbruch des Weltkrieges. Man beabsichtigt deshalb, die Verfassungsfeier auf den 4. August, den Tag der Kriegserklärung des Reichstages, oder auf den 1. August, den deutschen Rohbismarcktag, zu verlegen. Alle überzeugten Republikaner werden solchen Anregungen mit sehr gemischten Gefühlen begegnen. Ist es schon bedenklich, eine Verlegung des Verfassungstages vorzunehmen, so kann es noch übler werden, seine Feier mit Kriegserinnerungstagen zu verbinden. Das wird nur neue Gegenstände schaffen und vermühen dem Tage eine Zwielpältigkeit verleihen, die zu schweren Schädigungen des republikanischen Staatsgedankens führen muß. Wir erwarten, daß die Reichsregierung von solchen Plänen Abstand nimmt.

## Hergt hat es eilig.

### Deutschnationale Hoffnungen auf neue Krisen.

Die Deutschnationalen hoffen immer noch auf den Bürgerblock unter deutschnationaler Führung. Sie vertrauen nicht mehr auf die parlamentarische Konstellation, sondern warten auf das Wunder, daß ihnen helfen soll. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus New York gemeldet:

„In einer Unterredung mit dem Korrespondenten der Hearst-Presse, v. Wiegand, erklärte der Abgeordnete Hergt, das Kabinett Marg-Siesemann werde innerhalb eines Monats gestürzt sein, da es unfähig sei, den finanziellen Zusammenbruch zu verhindern. Die Deutschnationalen dächten an keinen Putsch, sie warteten ohne Kraftvergeubung, bis ihre Stunde komme.“

Herr Hergt spekuliert auf eine neue deutsche Finanzkrise. Wie die Kommunisten wünscht er einen großen wirtschaftlichen Kladderadatsch, der ihn in den Sattel heben soll — noch dazu im Laufe eines Monats. Herr Hergt hat es eilig! Wir nehmen an, daß er so wenig an seine Prophezeiung glaubt, wie die kommunistischen Katastrophopolitiker an die ihren. Die Spekulation auf die Krise dient nur zur Marktfärbung der eigenen Anhänger.

## Auf der Steuersuche.

### Die bürgerlichen Parteien für Erhöhung der Mietsteuern.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtages beriet am Donnerstag und Freitag über die Frage der Dedung der Ausgaben, die durch die Erhöhung der Besoldung der preussischen Beamten aufgebracht werden müssen. Vorgeschlagen sind in der Hauptsache: Erhöhung der Hauszinssteuer, Kürzung der Provinzialdotationen, andere Verteilung der Volksschullasten (Verminderung des Anteils des Staates an den Lehrbezügen von ¼ auf ⅓). Die Rechte will eine Heranziehung des für Bauzwecke bestimmten Einkommens aus der Hauszinssteuer. Der Wohlfahrtsminister wendet sich gegen jede Kürzung der Mittel für Bauzwecke. Ferner wurde in Betracht gezogen: Kürzung der Ueberweisungen aus Körperschafts- und Einkommensteuer an die Gemeinden sowie Heranziehung der Wohnungen der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber aus dem Fonds zur Hauszinssteuer, also Heranziehung der Gutsbesitzer und nicht nur der Ackerbürger. Genosse Veinert hob hervor, daß es sich bei der Beamtenbesoldung um allgemeine Ausgaben handle und also die Allgemeinheit einbringen müsse. Die Hauszinssteuer bedeute doch eine einseitige Belastung der Mieter. Der Finanzminister droht: wenn keine Einigung im Ständigen Ausschuss, dann keine Auszahlung der erhöhten Gehälter an die preussischen Beamten. Resultat: Einsetzung eines Unterausschusses, der die Verständigung schaffen soll. Am Mittwoch Entscheidung im Plenum des Ständigen Ausschusses.

## Die bayerische Regierungsbildung.

München, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem Intermezzo mit den Völkischen haben am Freitag die realen Verhandlungen über die Regierungsbildung in Bayern begonnen. Die Führer der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Bauernbundes haben den Entwurf eines Koalitionsprogramms vorgelegt, der vorläufig noch geheim gehalten wird. Nach dem Verlauf der Besprechungen ist damit zu rechnen, daß bald zwischen den drei Parteien eine Einigung erzielt ist, so daß die für Dienstag, den 24. Juni, in Aussicht genommene Plenarsitzung des Landtages endlich die Wahl des von der Bayerischen Volkspartei präsentierten Ministerpräsidenten vornehmen kann.

Ueber die Verhandlungen mit den Völkischen erfährt man jetzt, daß die Fraktion des Völkischen Blocks sich noch am 6. Juni grundsätzlich für die Teilnahme an einer Regierung ausgesprochen hatte, wenn sie nicht gezwungen würde, gewisse Grundzüge preiszugeben. Gegen diese Haltung opponierte aber der außenparlamentarische nationalsozialistische Flügel unter Esser und machte in erster Linie geltend, daß die Völkischen ihre revolutionäre Stellung gegen den Staat nicht aufgeben dürften. Gegen diese Opposition, die schließlich die Billigung Hitlers fand, getraute sich die völkische Parlamentsgruppe nicht anzutreten.

## Das Verbrechen an Matteotti.

Rom, 13. Juni. (EP.) Als Haupttäter der Entführung Matteottis ist der italienische Faschist Dumini verhaftet worden, der sich in politischen Kreisen der Hauptstadt tege betätigte, aber unlängst aufgefordert worden war, das Ministerium des Innern nicht mehr zu betreten. Außerdem wurden ein gewisser Dajzola in Florenz und ein gewisser Aldo Putato in Mailand

als Mittäter festgenommen. Weitere Verhaftungen werden noch folgen. Dumini hatte das Automobil, mit dem das Verbrechen ausgeführt wurde, mit einer Empfehlungskarte des Direktors des faschistischen „Corriere Italiano“ und dessen Chauffeur unter dem Vorwand abgeholt, es diene für das Ministerium des Innern. Der Direktor der Zeitung, Filibelli, wurde darauf vor die Polizei geladen und vorläufig festgehalten. Als Ursache der Entführung betrachtete die Sozialisten, wie die „Tribuna“ berichtet, den Umstand, daß Matteotti im Besitz von Dokumenten über schwere finanzielle Unterschleife einer politischen Persönlichkeit war. Diese Dokumente wollte er während der Budgetdebatte vor die Kammer bringen. Seine Entführung erfolgte, um einen Skandal zu verhindern. Auf jeden Fall hatte er eine Rede über den Vektor-Vertrag und über die Spielhöllen mit Dokumenten gegen den Unterstaatssekretär des Innern Finzi vorbereitet.

Als erste politische Folge der Entführung Matteottis haben alle Oppositionsgruppen beschlossen, nicht mehr an den Kammerarbeiten teilzunehmen, solange Ungewißheit über den unglücklichen Vorfall mit Matteotti herrscht. Für weitere Beschlüsse soll das Vorgehen der Regierung abgewartet werden.

Rom, 13. Juni. (EP.) Kammerpräsident Roca erklärte heute in der Kammer, leider bleibe wenig Hoffnung über das Schicksal Matteottis. Seiner scharfen Beurteilung des Verbrechens schlossen sich der faschistische Abg. Guandi und andere Deputierte an. Nach einer entrüsteten Beurteilung der Entführung Matteottis durch Mussolini haben in der Kammer alle für die Budgetdebatte eingeschriebenen Abgeordneten auf das Wort verzichtet. Die Sitzung wurde nach Annahme des Budgetwunsches bis auf weiteres vertagt.

Rom, 13. Juni. (ZII.) Bis heute mittag läßt sich authentisch nur feststellen, daß Matteotti am Dienstagmittag gegen 4.30 Uhr in unmittelbarer Nähe seines Hauses am Lungofevere

### von vier Unbekannten gewaltsam in ein Auto geschleppt

wurde, das in rasender Fahrt den Weg nach der Via Flaminia außerhalb der Porta del Popolo einschlug. Daß diese furchtbare Gewalttat am helllichten Tage in einer vornehmen Straße möglich wurde, erklärt sich nur dadurch, daß bei der glühenden Tageshitze dieser Teil des Tiberquais ganz menschenleer ist. Die Szene selbst ist in allen Einzelheiten aus einem Hause jenseits des Tiber beobachtet worden, ohne daß auffallenderweise Anzeige erstattet wurde, und daß Frau Matteotti selbst, die zunächst mit einer unerwarteten Abwesenheit ihres Gatten rechnete, erst Mittwoch die Polizei benachrichtigte. So haben die Verbrecher einen Vorsprung von 24 Stunden. Allgemein wird ein politisches Verbrechen angenommen. Matteotti wurde 1919 in dem Wahlkreis Ferrara Rovigo gewählt, 1921 wurde er wiedergewählt und kam auch in den Wahlen in Lazio als Kandidat der Unitarier-Sozialisten durch. Als guter Kenner der Finanzen fragte er im Parlament gewöhnlich großes Ansehen. Er ist ein erbitterter Gegner der Faschisten und gilt in faschistischen Kreisen als

### Organisator der antifaschistischen Propaganda im Ausland.

Der feinerzelt in Paris Bonfervizi zum Opfer fiel. Matteotti ist Chirurg von Beruf, glänzend verheiratet und steht im jugendlichen Alter von 36 Jahren. In der gestrigen Abend Sitzung der Kammer hat Mussolini in scharfen Worten seinen und der Regierung Unschönheit vor dem Aitenlat ausgesprochen und persönlich dem Bräutigam von Rom und dem General der faschistischen Miliz (!) De Bono rigorosestes Vergehen befohlen, doch freibis heute mittag noch alle weiteren Nachrichten. Das spät abends kurz vor dem Gerücht, die Leiche sei in einer der an der Via Flaminia gelegenen Gröten gefunden worden, hat sich nach einer Anfrage bei der Quästur nicht bestätigt.

## Dawes Vizepräsidentenkandidat.

New York, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Republikanische Konvent Cleveland hat den durch das Sachverständigengutachten bekannten ehemaligen General Dawes nach stundenlangem Debatte als Kandidaten zum Vizepräsidenten nominiert. Dawes hat das Angebot angenommen. In die Vogeilerung der Niesenerfammlung über die Aufstellung Coolidges fiel der bittere Tropfen erregter Unzufriedenheit der weiblichen Delegierten, die die Ablehnung einer Frau als Kandidatin zur Vizepräsidentenschaft als eine Ablehnung der Gleichberechtigung der Frauen empfanden und nun mit der Gründung einer eigenen republikanischen Frauenpartei gedroht haben. Schon jetzt aber ist damit zu rechnen, daß die Anhänger La Follette, der mit seiner Kandidatur gänzlich abgefallen ist, eine eigene unabhängige republikanische Partei gründen und selbständig einen Präsidentschaftskandidaten aufstellen.

## Änderung der Geschäftsaufsicht.

Von ausländischer Seite wird mitgeteilt, daß das vom Reichstag in seiner letzten Sitzung vor Pfingsten beschlossene, die Abänderung von Vorschriften der Geschäftsaufsichtsverordnung im Verordnungswege ermöglichende Gesetz wie auch die entsprechende Verordnung, zu deren Erlasse der Reichsrat in seiner vorgestrigen Vollziehung die Zustimmung beschloffen hat, voraussichtlich bereits in einer am Sonnabend, den 14. d. M., zur Ausgabe gelangenden Nummer des Reichsgesetzblatts enthalten sein wird.

Die Verordnung wird sofort, mit dem Tage der Verkündung, in Kraft treten und ist mit rückwirkender Kraft für die bereits bestehenden Geschäftsaufsichten ausgestattet. Sie enthält weitgehende Änderungen des bisherigen Verfahrens. Jeder Fall einer Stellung unter Geschäftsaufsicht ist künftig öffentlich bekanntzumachen. Der Gläubiger wird verstärkter Einfluss auf den Gang des Verfahrens gewährt, so in bezug auf die Einberufung einer Gläubigerversammlung, die Zusammensetzung des Gläubigerbeirats und der Abberufung ungeeigneter Aufsichtspersonen. Die Anhörung der amtlichen Berufsvertretungen zur Anordnung der Aufsicht, bisher in das Ermessen des Gerichts gestellt, ist zur Regel gemacht. Hinsichtlich der Behandlung von Konkursanträgen während bestehender Geschäftsaufsicht wird bestimmt, daß die Entscheidung hierüber bis zur Beendigung des Verfahrens ausgesetzt ist. Hierdurch wird im Zusammenhang mit der weiteren neuen Vorschrift, daß dem Schuldner eine Beschwerde gegen den das Verfahren aufhebenden Beschluß des Gerichts nicht mehr zusteht, erreicht, daß in unmittelbarem Anschluß an die Aufhebung der Geschäftsaufsicht der Konkurs eröffnet werden kann.

Die Dauer des Verfahrens wird erheblich abgekürzt. Jederzeit kann die Gläubigerversammlung, sobald sie sich mit einfacher Stimmenmehrheit, die mindestens die Hälfte der Forderungsbeträge vertritt, gegen die Fortdauer des Verfahrens ausspricht, die Aufhebung des Verfahrens herbeiführen. Der Schuldner muß ferner bei Weidung sofortiger Aufhebung des Verfahrens innerhalb von zwei Monaten seit der Anordnung der Geschäftsaufsicht einen Zwangsvergleichsvorschlag einreichen. Endlich soll das Verfahren grundsätzlich nicht über eine äußerste Frist von drei Monaten hinaus dauern, sofern nicht eine ganz besonders qualifizierte Mehrheit (drei Viertel) nicht nur der Forderungen, sondern auch der Gesamtzahl der Gläubiger) einer Verlängerung zustimmt. Für die zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung bestehenden Geschäftsaufsichten ist vorgesehen, daß dem Schuldner von dem Inkrafttreten ab in jedem Falle noch ein gewisser Zeitraum (zwei Wochen) Frist für die Einreichung des Zwangsvergleichsvorschlags und eine äußerste Frist von zwei Monaten) zur Umstellung auf das neue Verfahren bleibt.

# Reichsregierung und Reichsbahnenkonflikt

Heute dürfte die Entscheidung im Konflikt bei der Reichsbahn fallen. Es wird sich zeigen, ob die Reichsregierung bereit ist, ihren Eisenbahnbediensteten ohne Anwendung des letzten Kampfmittels ein erträgliches Dasein zu ermöglichen. Sicher ist jedenfalls heute schon, daß ein Streik der Eisenbahnarbeiter die allgemeine Unterstützung aller Gewerkschaftsrichtungen finden wird. Das hat eine Sitzung ergeben, die am Freitagvormittag zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und den Eisenbahnerorganisationen stattgefunden hat. In dieser Sitzung wurde u. a. beschlossen, dem Wunsch zu neuen Verhandlungen mit der Reichsregierung stattzugeben. Diese Besprechungen erfolgen am Sonnabendvormittag 11 Uhr im Reichsverkehrsministerium.

Wir sind der Auffassung, daß die Regierung durchaus in der Lage ist, den Gewerkschaften entgegenzukommen. Die Forderungen der Eisenbahner sind durchaus beschreibend. Der Beschluß des Vorstandes und Beirats des Deutschen Eisenbahnerverbandes, in dem die Forderungen der Eisenbahner niedergelegt wurden, lautete:

1. Die Löhne der dem ETV (Lohnvertragsvertrag) unterstellten Arbeiter sind am 1. Juni 1924 gleichmäßig und genügend zu erhöhen.
2. Die Arbeitszeit der Oberbauarbeiter ist derjenigen der übrigen nicht unter den DDB (Dienstvertragsvorschriften) stehenden Arbeitern gleichzustellen.
3. Für die neunten Arbeitsstunden ist allen Arbeitern ein Zuschlag zum Lohn zu zahlen.
4. Eine umgehende Revision der DDB 1924 ist vorzunehmen mit der Maßgabe, daß die achtstündige Arbeitszeit wie bei dem übrigen Personal bis auf weiteres auf höchstens neun Stunden ausgedehnt werden darf, und daß die Schichtzeit mindestens auf das in den DDB 1922 vorgesehene Höchstmäß zurückgeführt wird.

Weber in der Frage der Löhne noch in der der Arbeitszeit fordern also die schlechtbezahlten, schwer arbeitenden Eisenbahner irgend etwas, was in der Privatindustrie nicht gleichfalls anerkannt wäre. In der Frage der Arbeitszeit sind sie sogar bereit, mit Rücksicht auf die außerordentlichen Lage der Reichsbahn, den Achtstundentag zu überschreiten. Die

Reichsregierung kann unmöglich durch Ablehnung dieser Forderungen einen Konflikt heraufbeschwören, der die schwersten wirtschaftlichen Folgen haben müßte. Ihn durch eine verständige Taktik und Politik gütlich beizulegen, liegt im Interesse der Allgemeinheit, dem die Reichsregierung zu entsprechen hat. Sollte sie dieses Pflichtbewußtsein nicht aufbringen, dann muß jedenfalls damit gerechnet werden, daß ab Montag nacht 12 Uhr der Streik im ganzen Reich einsetzt. Die Vorbereitungen sind bereits getroffen, um die Anwendung des letzten Kampfmittels schnell in Erscheinung treten zu lassen.

Am Sonntag treten im ganzen Reich Konferenzen der Eisenbahnerorganisationen zusammen, die zu dem Verhandlungsergebnis vom Sonnabend Stellung nehmen werden.

## Solidaritätserklärung der Reichsgewerkschaft.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten, die bekanntlich u. a. eine der wichtigsten Eisenbahnergruppen, nämlich die Lokomotivführer, in sich vereinigt, hat zu den schwebenden Dingen Stellung genommen und folgendes beschlossen:

Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft nahm am gestrigen Freitag Stellung zu der Verhandlung der Löhne und Gehälter der Eisenbahnbeamten und Anwärter. Der Hauptvorstand kam in sachlicher, von großem Ernst getragener Aussprache zu folgendem Ergebnis:

1. Der Hauptvorstand erkennt die von dem DDB, AEB und GDE unter Mitwirkung von Vertretern der Reichsgewerkschaft aufgestellten Forderungen an und stellt sich auch für die Durchführung dieser Forderungen den übrigen Gewerkschaften in die Einheitsfront ein. Der Hauptvorstand weist die Beamten an, bei der Durchführung dieser Forderungen strengste Solidarität zu wahren.

2. Die Reichsgewerkschaft lehnt die Befolgsregelung vom 22. Mai 1924 wegen ihrer äußerst unsozialen Wirkung als untragbar ab. Er begrüßt den Beschluß des AEB, eine Klärung in der Beamtenschaft vorzunehmen, wenn Reichstag und Parlament nicht umgehend eine Nachprüfung des Befolgsgesetzes mit dem Ziel: Aufbesserung der Gehälter der unteren Gruppen und Befestigung aller Härten vornimmt.

## Beendigung des Brauereiarbeiterstreiks.

Das Schiedsgericht, das heute vormittag unter Vorsitz von Gewerherot Körner zur Schlichtung des Streiks im Berliner Brauergewerbe tagte, fällt nach langen Beratungen folgenden einstimmig gefaßten Spruch:

Die Löhne werden für die Zeit vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit ab bis einschließlich der letzten Lohnwoche im Juli wie folgt festgelegt: Gelehrte 36 (bisher 33) M., Fahrpersonal 32,50 (30) M., Ungelernte 31,50 (29) M. Diese Löhne verstehen sich für eine 48stündige Arbeitswoche. Die Arbeit ist möglichst sofort wieder aufzunehmen. Die bei Ausbruch des Streiks in den Betrieben beschäftigt gemessenen Arbeitnehmer sind wieder einzustellen. Werden einzelne Arbeitnehmer wegen ihres Verhaltens während des Streiks nicht wieder eingestellt, so haben sie das Recht, eine Entscheidung des Tarifeinigungsamtes herbeizuführen, dessen Spruch endgültig ist. Der Streik wird nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen, soweit die Ansprüche auf Urlaub usw. in Betracht kommen. Der einbehalten Lohn ist am Sonnabend, den 14. d. M., nach beendigter Arbeitszeit auszuführen.

In der Funktionärversammlung, die gestern nachmittag stattfand, berichtete Hodapp über die Verhandlungen. Die Versammlung beschloß, sofort eine Urabstimmung vorzunehmen. In der gestern nachmittag noch vorgenommenen Abstimmung wurde der Schiedsspruch mit schwacher Mehrheit angenommen. Damit ist der Streik erfolgreich beendet.

## Ein Revoluzzer.

Als gestern früh der Bierverleger und Mineralwasserfabrikant B. aus der Polener Straße auf den Hof der Weidenerbrauerei von La-Dee fuhr, um sich das von Streikbrechern fertigestellte Bier abzuholen, wurde er von den Streikbrechern darauf aufmerksam gemacht, daß er damit die Streikbrecher in ihrer Arbeit unterstützen würde. Er trat daraufhin sofort von seinem Wagen ab, sah die den Nachstehenden bei der Brust und bedrohte ihn mit vorgehaltenem Revoluzzer. Nur dem Dazwischentreten anderer Brauereiarbeiter, die den Revolver in einwandfreier, freier Hand angeprochen hatten, ist es zu danken, daß der Zwischenfall unblutig verlief.

## Einigung im Rohrlegergewerbe.

Die Arbeitgeber des Rohrlegergewerbes haben schon im Februar Anträge auf Abänderung der Tarifbestimmungen gestellt, die die Arbeitszeit und das „Abdummeln“ der Lohnerstunden betreffen. In neuester Zeit haben die Unternehmer Verhandlungen über Lohn- und Arbeitszeit von der Anerkennung einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig gemacht. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Gewerherot Körner, fällt darauf in amtlicher Eigenschaft einen Spruch, der vom 1. Juli bis 31. Oktober die Rohrleger zur Leistung einer täglichen Lohnerstunde bei 10 Proz. Zuschlag verpflichtet. Der Lohn wurde für Rohrleger auf 85 Pf. und für Helfer auf 72 Pf. festgesetzt. Nachdem der Spruch in der vorigen Woche von den Arbeitnehmern einstimmig abgelehnt wurde, befahl sich der Schlichter mit der Verbindlichkeitsklärung. Er schlug folgende Abänderung des ersten Spruches vor:

Sofern zur Erledigung notwendiger Arbeiten von dem Auftraggeber Mehrarbeit verlangt wird und die Einstellung weiterer Arbeitskräfte nicht durchführbar ist, kann eine tägliche Lohnerstunde gefordert werden, die mit 10 Proz. Zuschlag bezahlt wird. Aus dieser Regelung erwachsende Streitigkeiten werden durch den Tarifaussschuß entschieden. Kann er sich nicht einigen, tritt ein von den Parteien zu bestimmender Unparteiischer zur Entscheidung dem Ausschuss bei. Erfolgt über die Person des Unparteiischen keine Einigung, wird er vom Schlichter benannt. Leistet ein Arbeitnehmer Nacht- oder Sonntagsarbeit, so muß er sozial Stunden aussetzen, wie nötig sind, um die reguläre wöchentliche Arbeitszeit nicht zu überschreiten. Alle anderen Bestimmungen des Schiedsspruches bleiben bestehen.

Die gestrige Rohrlegerversammlung nahm nach einem Bericht Niederkirchners zu dem Vermittlungsvorschlag des Schlichters Stellung. Wie der Berichtstatter mitteilte, haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, falls die Unternehmer des Baugewerbes für die Bauarbeiter höhere Löhne bewilligen sollten, auch die Löhne der Rohrleger zu erhöhen. Nach eingehender Aussprache wurde dem Vermittlungsvorschlag des Schlichters zugestimmt.

## Generalversammlung des Baugewerksbundes.

In der Delegierten-Generalversammlung der Baugewerkschaft Berlin berichtete Thöns über die örtlichen Lohnverhandlungen. Das Lohnabkommen wurde zum 10. Juni gekündigt. Schon am 6. Juni fanden die Lohnverhandlungen statt. Gefordert wurde 1 M. Stundenlohn. Die Unternehmer gingen auf diesen Vorschlag nicht ein, und das Bezirkslohnamt wurde angerufen. Dieses tagte am 11. Juni unter Vorsitz des Herrn Gewerherots Körner. Das Ergebnis einer fünfständigen Verhandlung war ein Schiedsspruch, welcher festsetzt, daß das Lohnabkommen auf eine Woche verlängert wird. Erklärungsfrist bis morgen, Sonnabend. Der Redner empfahl, diesen Schiedsspruch abzulehnen. Eine längere Diskussion hatte als Ergebnis den Willensausdruck, daß, wenn die Unternehmer auf dem Wege freier Vereinbarung zu keiner Verständigung zu bewegen sind, ohne Tarif gearbeitet wird. Gegen eine Stimme lehnte die Generalversammlung den Spruch des Bezirkslohnamts ab. Außerdem wurde beschlossen, dem Verlangen der Arbeitgeberverbände, daß am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag eine halbe Stunde länger gearbeitet wird, nicht stattzugeben. Die Versammlung beschloß, an der achtstündigen Arbeitszeit unbedingt festzuhalten.

## Die Schneckenpost.

Das Reichspostministerium hat sich endlich bewegen gefühlt, die Tariforganisation für den 24. Juni zu Verhandlungen über die Neufestsetzungen der Löhne einzuladen. Der Lohnsatz wurde von den gewerkschaftlichen Organisationen gekündigt.

## Achtung, Zimmerer!

Die am 13. Juni tagende Delegiertenversammlung beschloß, am Montag, den 16. Juni die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufzunehmen: 1. 46 1/2 Stunden pro Woche; 2. Stundenlohn 1 M.; 3. Werkzeugenschädigung 4 Proz. des Stundenlohnes. Die Betriebsräte werden verpflichtet, mit den Firmen auf dieser Grundlage zu verhandeln. In den Fällen, wo durch die Betriebsräte keine Einigung zustande kommt, soll der Vorstand vermittelnd eingreifen. Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend.

## Strafgefangene als Streikbrecher.

Zu der von uns in Nr. 239 des „Vorwärts“ vom 22. Mai veröffentlichten Notiz der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer erhalten wir vom Präsidenten des Strafvolkzuges unter Berufung auf das Breßgesetz folgende Berichtigung:

Vom 25. April 1924 ab werden — mit Unterbrechung von 4 Tagen vom 12. bis 15. Mai 1924 — 8 bis 10 Gefangene für Direktor Stuhlfeid in Charlottenburg vorübergehend mit Planierungsarbeiten auf seinem Grundstück in Frohnau beschäftigt.

Bei dieser Außenabteilung befand sich ein Zimmermann, der vom 16. Mai bis 21. Mai 1924 — 5 Tage — dort handlangerdienst als Zimmermann verrichtet hat. Der betreffende Zimmermann ist am 22. Mai 1924 aus der Strafkast entlassen. Andere Zimmerleute waren nicht bei der Abteilung; auch sind andere Gefangene mit Zimmermannsarbeiten dazwischen nicht beschäftigt worden. Mit dem Unternehmer Wendland hat die Gefängnisverwaltung nichts zu tun.

Der Strafanstaltsleitung war nicht bekannt, daß damals die Zimmerleute streikten.

## Schiedsspruch in der Schwerindustrie.

Essen, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach zweitägiger Dauer erreichten die Verhandlungen über Lohn, Arbeitszeit und Rahmentarif in der Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe am Freitag ihre Ende. Die vom Arbeitgeberverband ausgesprochene Kündigung des Rahmentarifs wurde gegen Schluß der Verhandlungen zurückgezogen. In den anderen Streitfragen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Der amtliche Schlichter fällt deshalb zwei Schiedssprüche. Ueber die Annahme oder Ablehnung dieser Sprüche finden in den nächsten Tagen Arbeitnehmerkonferenzen statt. Die Sprüche lauten:

1. Der Lohnsatz vom 18. Januar 1924 wird mit folgenden Änderungen wieder in Kraft gesetzt:

1. Die Stundenverdienste der im Lohn arbeitenden Hilfsarbeiter werden um 5 Pf., die der Dacharbeiter um 6 Pf. in der Spitze erhöht. Die Arbeiter über 21 Jahre, die im Akkord arbeiten, erhalten einen festen Zuschlag bei einem Akkordverdienst bis zu 60 Pf. je Stunde von 5 Pf., bei höheren Verdiensten von 3 Pf. Als Berechnungsgrundlage dient der Durchschnittsverdienst der Monate März und April.
2. Die Einstellungszeit nach Ziffer 4 beträgt vier Wochen.
3. Anspruch auf die in Ziffer 1 festgelegte Lohnerhöhung haben alle Arbeiter, die am 10. Juni 1924 bei ihren bisherigen Arbeitgebern noch beschäftigt werden.
4. Die Regelung gilt ab 1. Juni 1924 bis auf weiteres und kann mit Halbmonats-Frist gekündigt werden, erstmals zum 1. September 1924.

II. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie wird die Vereinbarung vom 13. Dezember 1923, in der die Arbeitszeit vorübergehend abweichend vom § 1 der Verordnung vom 21. Dezember 1923 festgesetzt worden ist, bis zum 31. Oktober 1924 mit folgenden Ergänzungen verlängert:

1. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus Ziffer 3 dieser Regelung wird ein Schiedsgericht gebildet, das über anhängig gemachte Streitigkeiten endgültig entscheidet. Dieses Schiedsgericht besteht aus je drei von den Parteien ernannten Beisitzern und einem von den Parteien zu wählenden unparteiischen Vorsitzenden. Erfolgt zwischen den Parteien über die Person des Vorsitzenden keine Einigung, so wird dieser vom Reichsarbeitsminister nach Verständigung mit dem Schlichter für den Bezirk Westfalen ernannt.
2. In der Thomas-Schlackenmühle sowie im Hammer Werk beträgt die effektive Arbeitszeit allgemein 54 Stunden wöchentlich.
3. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 20. Juni 1924. Der Arbeitgeberverband zieht die Kündigung zum Rahmentarif zurück.

Der Lohnschiedsspruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefällt, der Schiedsspruch über die Arbeitszeit gegen die Stimmen der Arbeitnehmer ausgesprochen.

## Keine Einigung im sächsischen Bergbau.

Zwickau, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine Konferenz der im Bergarbeiterverband organisierten sächsischen Bergarbeiter in Biechtenstein nahm am Donnerstagnachmittag zu dem Schiedsspruch Stellung und schloß einstimmig eine Entschließung, in der es u. a. heißt: Der Schiedsspruch vom 11. Juni läßt die Gründe der Arbeitnehmervertreter, welche für eine angemessene Tarifloohnerhöhung angeführt wurden, unberücksichtigt. Die tariflichen Spitzenlöhne für die bestbezahlten Arbeiter betragen gegenwärtig 3,63 M., sie liegen also noch weit unter dem Vorkriegsnormallohn. Das Schiedsgericht lehnte eine Erhöhung dieser Löhne ab, obwohl die Preise für Nahrungsmittel und sonstige Bedarfsartikel und die Kohlenpreise noch weit über den Vorkriegspreis stehen. Der Schiedsspruch vom 24. April 1924 sieht eine Mehrarbeit für die Bergarbeiter über die tarifliche Arbeitszeit hinaus vor. Eine bessere Bezahlung der über tariflichen Mehrarbeit soll jedoch auch nach dem Spruch vom 11. Juni nicht stattfinden. Eine weitere Verschärfung des Arbeitsverhältnisses erblickt die Konferenz in der Befestigung des Urlaubes für das Jahr 1924. Besonders aus vorstehenden Gründen lehnt die Konferenz den Schiedsspruch vom 11. Juni ab.

Auch die sächsischen Bergarbeiter haben eine ähnliche Entschließung gefaßt. In der Versammlung des Bergarbeiterverbandes nahmen etwa 350 Delegierte aus dem sächsischen Kohlenbergbau teil.

## Wer hat Sammelgelder beschlagnahmt?

Zwickau, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Zentralkommission gab auf Befragen der Bergarbeiterchaft an, daß die Sammelgelder für die notleidenden Bergarbeiter in Höhe von 15 000 M. von der Polizei beschlagnahmt worden seien. Da weder auf der Polizei in Zwickau noch an Dresdener Regierungsstellen von dieser angeblichen Beschlagnahme etwas bekannt ist, wurde eine Untersuchung eingeleitet, um die mysteriöse Angelegenheit zu klären.

## Eisenbahnerstreik in Griechenland.

Athen, 13. Juni. (E.B.) Da die Eisenbahner des Peloponnes und Theßaliens in den Streik getreten sind, hat der Kriegsminister einen Mobilisationsbefehl für alle griechischen Eisenbahner erlassen.

In der Kachelofenindustrie sind auf Veranlassung des Fabrikarbeiterverbandes neue Verhandlungen angebahnt worden, die am Sonntag stattfinden werden.

Der Streik der Wäschefahrer in den Wäschereiverleichen ist durch direkte Verhandlungen der Parteien beigelegt. Die Arbeit ist in allen Betrieben heute morgen aufgenommen worden. Deutscher Verkehrsband.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Sektion Feuerungs- und Schornsteinbau, Morgen (Sonntag) vormittag 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, 3. Etage, Zimmer 13, Versammlung aller Mitglieder der Sektion Feuerungs- und Schornsteinbau. Die Kochgruppenvereinigung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Ostermann; Gewerkschaftsberatung: Friedrich Schöner; Familienrat: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: Th. Glöckel; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. Kundenkreuz 3. Stern 3 Beilagen.

Die Bekämpfung des Ungeziefers bei Mensch und Tier ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspflege. Mit Cuprex gelingt die Ungezieferbeseitigung schnell, sicher, leicht und unauffällig, sowie ohne gesundheitliche Nachteile. Cuprex ist das wirksamste und beste Mittel gegen Kopfläuse und übertrifft alle bisherigen Mittel, weil es das Ungeziefer samt Eiern (Nisse) mit einem Male vernichtet. Apotheken und Drogerien halten Cuprex in kleineren und größeren Packungen vorrätig.

# RUSO-ZIGARETTEN IN ALLER MUND

Drei Mischungen aus edlen Orienttabaken

Ruso Rund mit Gold u. o. M. 2 Pf. / Ruso Gold 2 1/2 Pf. / Ruso Kork 3 Pf.

ZIGARETTEN- UND TABAKFABRIK „RUSO“ RUND & SOHN, BERLIN SW 19

# Sonntägliche Wanderziele.

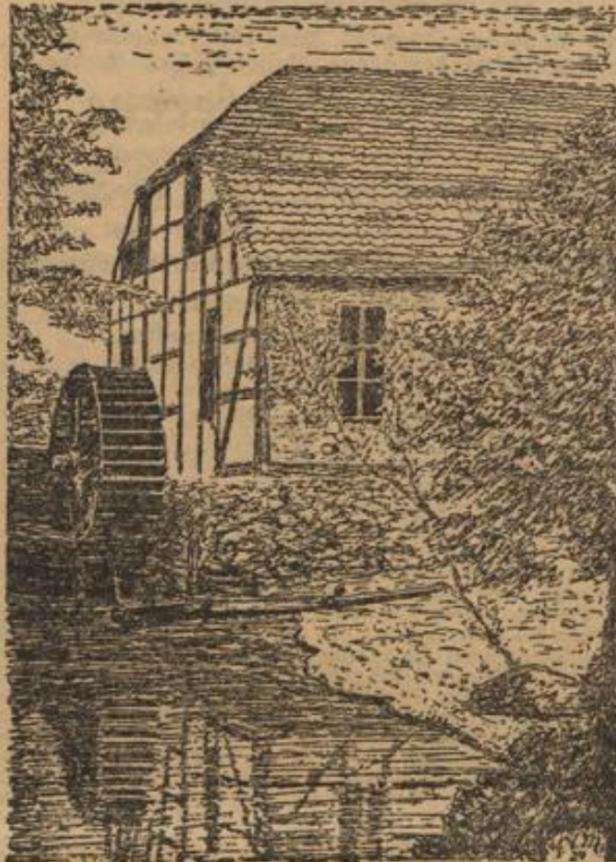
## Märkische Mühlen.

Die Mühlen spielen von jeher im Volksempfinden eine große Rolle. Zahlreich sind die Lieder, die von der Mühle, dem Müller und der schönen Müllerin singen. Zu ernsthaften Betrachtungen wurden die Volksdichter angeregt, wenn sie am rauschenden Mühlenwehr saßen und dem Blätschern der Wasser lauschten. Manch schönes Mühlenlied, wohl auch jenes mit dem Anfang: „In einem kühlen Grunde saß ich in stiller Ruh“, verdanken wir solcher Stimmung. Aber auch der wohl in jedem Menschen mehr oder weniger vorhandene Wandertrieb wurde durch die Beobachtung des Mühlenbetriebes angeregt. Wer kennt es nicht, das schöne Lied, das auf allen Wanderungen zu hören ist! „Das Wandern ist des Müllers Lust“, so wird es fortönen, solange Wanderer sein werden. Vorwiegend sind es Mitte und Süden unseres Vaterlandes, von denen die Mühlenlieder handeln; man denkt an sonst geschwungene Hügelketten, an fastiggrüne Talgründe, durch die der Mühlenbach dahineilt. Unser Norden hat zwar auch schön gestaltete Züge von Berggruppen, ebenso liebliche Täler, auf deren Grund murmelnde Flüsse ihren mehr oder minder eiligen Lauf nehmen; aber hier ist man weniger fangesfreudig, und so gibt es wohl kaum Lieder, die ihren Ursprung den Mühlen Norddeutschlands verdanken. Und doch schwebt eine weiche, stille Stimmung um jene Orte, die die Zeugen einer uralten heimischen Industrie sind. Viele der Mühlen werden bereits in den ältesten Urkunden der Mark Brandenburg aus dem 13. und 14. Jahrhundert erwähnt. Die wasserreichen Bäche mit ihrem verhältnismäßig starkem Gefälle, an denen das Land durchaus nicht arm ist, waren der Anlage von Mühlen sehr günstig. Aus manchen von ihnen wurden dann Hammerwerke, die das märkische Eisen verarbeiteten, das dem Raseneisenerz entstammte. Die landschaftliche Gliederung der Mark Brandenburg in Hochflächen und weite Täler hat überall gute Gelegenheiten für den Betrieb der Mühlen, denn allenthalben eilen von den Höhen die Wasser zu Tal, deren Kraft voll und genügt, um die Mühlen zu betreiben. Breit und behäbig liegen die oft mehr denn hundert Jahre alten Mühlengebäude am Lauf des Fließes. Seien es Mahl-, Schneid- oder Walkmühlen, nie wird uns das Gefühl des Geborgenheits, der Behaglichkeit verlassen, nähern wir uns einer solchen Mühlenanlage. Alle Kaskaden, Bänke, Buchen oder Fichten schirmen das gemütlich ausschauende Walmdach, das den Wanderer zur Rast ladet. Und wohl kaum wird ihm von den Mühlensteinen die Tür geöffnet, bittet er um eine Rast-erfrischung. Der Mühlenbach mit seiner angenehmen Kühle ladet an heißen Sommertagen ganz besonders zum Ausruhen ein. Kommen wir zu den Mühlen im Süden oder Norden, Osten oder Westen der Mark Brandenburg, immer werden wir das gleiche Gefühl stiller Ruhe und Weltabgeschiedenheit empfinden. Es wird uns unwillkürlich befallen, ob wir in der Neumark, der Uckermark, im Elbing- und Bleistetal, an der Boltenmühle bei Ruppin, der Pritzhagener Mühle bei Budow (vgl. Abbildung), in der Mittelmark oder der Saupfand wandern. Und wir werden dann alle die Lieder gern singen, die wohl für die Mühlen anderer Landschaften des Vaterlandes gedichtet sind, aber ebenso gut auf die märkischen Mühlen zutreffen.

## Die Buchenwälder der Stadt Berlin.

Die Stadt Berlin besitzt einen Teil der schönsten Buchenwälder der Mark Brandenburg. Sie liegen nördlich von Bernau. Es ist die ehemalige Lanke Forst, die mit der Herrschaft Lanke vor einigen Jahren in den Besitz der Stadt Berlin übergegangen ist und jetzt die Berliner Stadforst bildet. Jetzt ist es die rechte Zeit, die Buchenwälder zu durchwandern, ihr frisches helles Grün leuchtet in den blauen Frühlingshimmel. — Vom Sektiner Vorortbahnhof fahren wir bis Bernau. Trotz der Nähe der Weistadt hat Bernau noch viele Eigenarten einer märkischen Kleinstadt bewahrt. Die alte Stadtmauer umschließt die stillen Straßen mit dem Markt und der hoch aufragenden Pfarrkirche. Mehrere alte Türme sind ebenfalls noch erhalten geblieben. Bernaus glückliche Abwehr der Hussiten im Jahre 1432 wird wohl auch jetzt noch an jedem Montag vor Himmelfahrt durch ein Fest gefeiert. Ehemals war auch Bernau in der ganzen Mark und über deren Grenzen hinaus berühmt durch das Bier, das hier gebraut wurde, und dem der Hopfen von Budow die rechte Würze verlieh. Durch die Mühlenstraße kommen wir am

ehemaligen Mühlenort, das nicht mehr vorhanden ist, zur Stadt hinaus. Vor dem Tore steht die St. Georgskapelle. Links liegt der neue Wasserturm. Nach kurzer Wanderung zweigt rechts von der Chaussee nach Wandlitz die Straße nach Lehdorf ab, der wir folgen. Bald haben wir den Wald erreicht, rechts am Waldrand liegt Ladeburg, etwa abseits vom Wege. Der Wald besteht anfangs aus Kiefern, allmählich geht er in einen schönen Mischwald über, in dem bald die Buchen vorherrschen; die Buchenwälder der Stadt Berlin haben wir erreicht. Nach gut zweistündiger Wanderung von Bernau sind wir in Lehdorf, am Westende des Liepnitzsees. In dem ehemaligen Forsthaus befindet sich jetzt eine Jugendherberge der Stadt Berlin. Ein prächtiges Fleckchen Heimatland lernen wir hier kennen. Buchenbestandene Höhen umrängen den See. Im



Pritzhagener Wassermühle.

Frühlingschmud ihres neuen Saubkleids raunen sie von den alten Rären, von den Begebenheiten der Vergangenheit, an denen die Umgebung des Liepnitzsees so reich ist. Der Wald führt von dem Ort, der nach dem See seinen Namen hatte und dessen Bewohner die Best dahinraffte bis auf den letzten Mann, so daß das Dorf wüst wurde und niemand die Stelle mehr auffinden kann, da es einst stand.

Rur wenige Häuser sind in Lehdorf. Wir haben den Ort bald durchwandert. Am Nordufer des Fließes, das aus dem Liepnitzsee kommt, führt unser Weg weiter. Rechts erstreckt sich die vom Fließ durchzogene Niederung, begrenzt von den waldigen Höhen des jenseitigen Ufers. Wir kommen zum Obersee. Auf der stillen Wasserfläche schaukeln die Rummelblätter, vom leichten Wind bewegt. Daß auch dieses so hübschlich schwebende Waldbauge keine Opfer an

Menschenleben fordert, zeigt der „Amboßstein“, der zum Andenken an den 1874 ertrunkenen Angermünder Bürger Amboß errichtet wurde. Wir haben Lanke erreicht, dessen Schloß und Park ebenfalls Besitztum der Stadt Berlin sind. Im Park liegt der Hellesee, eine Perle im Seentanz der Mark, auf die die Stadt Berlin stolz sein darf. Zuerst wandern wir auf dem West- und Südufer des Hellesees, dann geht es über eine Brücke zum Nordufer hinüber. Wir kommen zur Hellesee-Mühle am Ausfluß der Finow aus dem Hellesee. Weiter führt der Weg um das Westende des Sees. Zum Abschied blicken wir noch einmal über den See, in dem sich die Buchenwälder spiegeln. Im weiten Bogen kommen wir um die sich an den Hellesee anschließende Niederung in südlicher Richtung zum Mechese. Hier liegt die durch von Badefschwimmbad gegründete Kolonie Lobetal, in der gestrauchelte Menschenkinder wieder auf den geraden Weg zurückgeführt werden. Wir wandern jetzt in der Nähe des Waldes südwärts weiter nach Ladeburg. Das Dorf blickt auf eine lange Bergangenheit zurück. Bereits 1375 wird es im Landbuch Kaiser Karl IV. erwähnt als der Pfarrkirche zu Bernowe (Bernau) gehörig. Auf der Ladeburger Feldmark war das Schlachtfeld der Hussiten vor Bernau; die Stelle wird das rote Land, die roten Felder genannt, nach dem Blut, das dort vergossen wurde. Von Ladeburg wandern wir auf der Chaussee nach Bernau zurück, das wir bald erreichen. (Weglänge etwa 27 Kilometer.)

## Feind Alkohol.

### Eine Ausstellung im Abgeordnetenhaus.

Im östlichen Teil des großen Korridors im Abgeordnetenhaus, wo augenblicklich unser Parteitag seine Sitzungen abhält, hat der Deutsche Arbeiter-Abstinenzbund und eine Ausstellung etabliert, die eine deutliche Sprache redet davon, welcher großer und gefährlicher Feind des Menschen der Alkohol in jeder Gestalt ist. Der Deutsche Arbeiter-Abstinenzbund bekämpft seit Jahr und Tag diesen grausamen Feind, der das Familienleben so vieler zerrüttet hat. Einen Teil seines reichen und lehrreichen Propagandamaterials hat der Verein im Abgeordnetenhaus zur Schau gestellt und übersichtlich geordnet. Auf einem Tisch liegen Broschüren, Zeitschriften und Bücher, die mit eindringlichen Worten, die durch Statistiken und lange wissenschaftliche Erfahrung erhärtet sind, vor der Alkoholgefahr warnen und gleichzeitig beweisen, daß jede Art des Alkohols, ganz gleichgültig, ob Bier, Wein oder Branntwein, ein Schädling für den menschlichen Körper ist. Auf einem Tisch gegenüber wird an Proben gezeigt, eine wie große Menge an Getreide durch die Brennereien und Brauereien verbraucht wird, das nutzbringender für die Brotgewinnung verwandt werden könnte. Außerordentlich belehrend sind ferner die vielen Plakate und Bilder, die von dem Feind Alkohol erzählt. Da findet man Zeichnungen von der Räte Kollwitz, von Kollwitz und anderen Künstlern mehr. Eine besonders krasse und gleichzeitig unendlich traurige Sprache spricht das Denkmal von Jacopin, einem Bildhauer aus Paris. Eine Mutter mit dem Kind auf dem Arm und Kindern an der Hand tritt aus der Tür ihres Hauses, um nach dem Verbleib des Mannes auszuschaun, da findet sie ihn berauscht auf den Stufen des Hauses liegen. Eine getreue Abbildung dieser Missetat ist ebenfalls in der Ausstellung.

Daneben sieht man Statistiken der mannigfachen Art. Man erfährt aus einwandfreien Zahlen, wieviel Unfälle auf das Konto des Alkohols zu setzen sind, wieviel geschlechtliche Erkrankungen, wieviel Personen infolge übermäßigen Alkoholgenußes in die Irrenhäuser, Sichten- und Idiotenanstalten kommen und welche Verheerungen der Alkohol anrichtet bei denen, die Sport treiben und sie schließlich unfähig macht, weiter einem den Körper stählenden Sport zu widmen. Endlich zeigen Modelle die trankbajnen und schließlich zum Tode führenden Veränderungen der einzelnen wichtigen Organe des Menschen, des Magens, des Herzens, der Leber und der Nieren.

Alles in allem: hier ist ein gutes und verdienstvolles Werk getan. Möge es gute Erfolge zeitigen! Der Arbeiter-Abstinenzbund oder würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er diese Ausstellung, die allerdings erweitert und vergrößert werden müßte, auch der großen Öffentlichkeit zugänglich machen wollte.

## Die Venus von Syrafus.

Von Clara Rafta.

Renzo wußte nun längst, daß man fast gleichweit zu wandern hatte, ob man nach Syrafus oder nach Taormina ging. Es gab keinen Zweifel und keine Frage: sein Weg ging über das Gebirge hin in die Ebene von Syrafus.

Und während er wanderte, war Einsamkeit und Freude um ihn her wie nie zuvor.

Oft schlug ihm der Regen durch die Kleider, doch konnte ihm das schaden? Er ging zu seiner Venus.

Bisweilen fand er lange keine Unterkunft, dann lauerte er unter vorhängendem Gestein oder lag eng geschmiegt neben einem Hirten in seinem dunstigen Verschlag. Die kühlen, hellen Stürme legten am anderen Morgen alles fort. Seine Gedanken flogen zur Venus von Syrafus.

In den Herbergen sah häufig genug unsicheres Volk, starke, braune Kerle, für die es ein Kinderpiel gewesen wäre, ihn seiner Barockhaft zu berauben. Doch weshalb sich betrüben? Sie konnten ihm nicht den Weg unter den Füßen fortziehen, der zu seiner Geliebten führte.

Er hatte monatelang gewartet, gelernt, gespart, war stumm geblieben — ganz anders als jene Bianca, die es nicht lassen konnte, sich alles vom Herzen herunter zu reden. Auch er wußte um das Eine, Einzige, doch es war kein Mädchen, niemand, der ihn mit der warmen Woge des Lebens überschüttet hätte, es war ein Steinbild, und ein Bild von Stein sollte es bleiben. Das Ziel mußte erreicht werden, darauf standen Liebe und Ehre. — — —

Als er sich Syrafus näherte, enttäuschte ihn alles grenzenlos. Er hatte zu viel und zu inbrünstig an diese für ihn geheiligte Stätte gedacht. — In einer Art Vorstadt stand eine ganz gerade Reihe nüchternen Steinhäuschen. Es war ihm, als blickten sie ihn höhnisch an. Festungswerke ragten in das schwebende Grau des Abends, und aus der Ferne blickte starr das alte Kastell herüber.

Es war winterlich, blütenarm, und in der Luft war jenes Fremdsein einer abseitigen, traurigen Stadt.

Weshalb stand dieses Geschöpf voll Süßigkeit nicht unter den Palmen Palermos? Er sah ihre großen Fächer im Sonnenglast erzittern, sah Taubenschwärme wie aufblühendes Silber in dem tiefstrahlenden Blau. Zum ersten Male und gerade in der Stunde, in der er seinen Fuß auf eine Syra-

tuser Straße setzte, packte ihn das Heimweh nach dem nahen und warmen Leben im alten Palazzo Bigliena.

Er schritt über die Brücke und bemerkte es kaum. Ihn ror. Das Narren von Tauen, die um starke Pfosten geschnitten waren, das dumpfe Aufeinanderprallen von Booten ließ ihn aufblicken.

Das war wohl der Hafen — das Meer, wie bei Palermo.

Nein, nicht wie bei Palermo. Eingeeengt, grau, unruhig leuchtend. Wie eingefangen von den kleinen, tüdlichen Menschen. Nicht die unendliche, schwingende Fläche und nicht die herrlichen, farbigen Bogen wie unter den Felsen von Taormina.

Arme Venus! Dir ein Antlitz geben, das dir die Liebe und Anbetung eines reichen, heiteren Volkes zu Füßen legt!

Es drängte ihn wieder vorwärts, durch Strafen, durch enge, ein wenig ansteigende, schon im Dunkel verschwindende Gassen, in denen ihn Ziegen, Lämmer, Schweine und kleine Kinder immer wieder nötigten, sich dicht an die Wand zu drücken. Endlich gab es dennoch ein Aufatmen, auf der schmalen und langen Piazza del Duomo.

Renzos Blicke flogen schnell über die Gebäude dahin. Da zwang ihn etwas, ganz sachte seine Mühe vom Kopfe zu ziehen: er stand vor einem Dom, der in die riesigen dorischen Säulen eines alten Tempels eingebaut war.

Das letzte Tageslicht spann um die kühlen, gewaltigen Säulen.

„Wie bist du klein, Renzo — wie bist du klein,“ sagte ganz deutlich die Stimme in ihm, die auf einsamen Wanderungen im Gebirge erwacht war.

Auf Zehenspitzen schlich er an der Langseite des Domes vorbei — kehrte zurück, immer hinausschauend —, und wie er in ehrfürchtige Gedanken verloren weiterging, sah er einen anderen Bau, ruhig, schlacht, sich im Dämmern verschließend. Konnte — konnte es das Museum sein!

Renzo eilte hinüber, auf die Tür zu — ja, das war es. Dort, hinter dieser Tür, gewiß hinter vielen Türen, da stand seine Venus.

Hungrig und müde, wie er war, ließ er den Kopf, den ganzen Oberkörper gegen das Tor fallen.

Drinnen näherten sich Schritte — Renzo hörte es nicht. Er hörte nur ein eigenes brausendes Blut.

Ein junger Archäologe, der tief bis zum Abend hinein im vorderen Zimmer gelesen und Aufzeichnungen gemacht

hatte, glaubte, sein Freund klopfte gegen das Tor, um ihn zu holen.

Er öffnete und sah den erschöpften Renzo.

„Herr, steht hier die Venus?“ fragte Renzo mit der ganzen angespannten Innigkeit seines Verlangens.

„Gewiß, hier steht sie.“ Der Archäologe sah den jungen Burschen erstaunt an.

Renzo sah sich schnell. Fortgehen, ohne die Venus gesehen zu haben, das war unmöglich. Dieser Mann da hatte die Macht, ihn hineinzulassen, ihn, ihn ganz allein, ohne andere, fremde Gaffer.

Er hob beschwörend seine Hand. „Edler Herr, ich bin Bildhauer, muß morgen in der Frühe mit dem Schiffe fort“ — weshalb sollte er nicht diese kleine Unwahrheit sagen? — „aber ich muß Sie sehen, diese wundervolle Venus. Ich bitte Sie, führen Sie mich zu ihr hin — lassen Sie mich wenige kurze Augenblicke mit ihr allein.“

Der Mann an der Tür lächelte. Da breitete sich eine unbeschreibliche Freude über Renzos Gesicht.

„Sie nehmen mich mit, Sie nehmen mich mit!“ rief er glücklich — und der ältere, viel fähigere, er konnte nicht anders, er ließ den Wanderburschen eintreten und neben sich hergehen.

Sie sprachen kein Wort. Einmal, als der Archäologe auf eine Madonna wies und nur die beiden Worte „dalla Catena“ sagte, hob Renzo abwehrend die Hand.

Nichts anderes sehen, nichts hören!

Der Mann schob ihn durch eine offene Tür in einen Rundbau mit vielen Fenstern, die zum Meere hinausblickten — und da stand sie.

Da stand sie, die Göttin! Wie eine Lebende in diesem sinkenden Licht. Nicht schimmernd, nicht weiß, nein, durchströmt von den Säften der Erde, in denen sie so lange geruht hatte. Ein weiches, wolliges Gelb, zart, in voller, makellos schöner Weiblichkeit.

Lebend — und dennoch ohne Kopf.

Diesen Kopf — er sah ihn so deutlich! Ein wenig seitwärts gewandt, zum Meere blickend. Ja, das Meer und diese Venus, sie gehörten zusammen, waren wie die bezaubernde Tochter einer ewigen, großen Mutter.

Die fehlende Hand, er sah sie — sah den fein gerundeten Unterarm. Diese Hand, der Arm, die die junge Brust ein wenig verdecken wollten. (Fortsetzung folgt.)

## Wohnungsbeschaffung gegen Hypotheken.

Dem Wohnungsmangel, den uns der Krieg gebracht hat, kann man nur durch Wohnungsbau abhelfen, zum Bauen aber gehört Geld. Wie das nötige Geld beschafft werden soll, das ist bei den Maßnahmen, die zur Verringerung des Wohnungsmangels getroffen werden, eine Hauptfrage. Die dritte Steuernotverordnung des Reiches hat es ermöglicht, aus Erträgen der Hauszinssteuer keine Baugeldhypotheken zu geben. Doch darf ihre Höhe in Preußen nach den hier gegebenen Richtlinien nicht über 7000 M. pro Wohnung betragen, womit die Baukosten, für eine Zweizimmerwohnung heute 9500 M., noch keineswegs gedeckt sind. In Berlin hat die von der Stadt unter Beteiligung des Staates gegründete gemeinnützige Wohnungsfürsorgegesellschaft die Aufgabe, die aus der Hauszinssteuer zu gewährenden Hypotheken zu vermitteln, was selbstverständlich kostenlos geschieht. Schon hat sie rund 2000 Wohnungen bestellt, und 2300 andere Anträge auf Beilegung harren der Erledigung. Sie will den Versuch machen, die volle Deckung der Baukosten durch Heranziehung noch anderer Geldmittel zu erreichen.

Ueber diesen Plan äußerte sich in einer Konferenz der Städtebaudirektor Elart, der zugleich die Leitung der Wohnungsfürsorgegesellschaft hat. Nicht jeder, der eine Wohnung braucht, möchte ein eigenes Kleinhaus bauen — und den meisten der Wohnungsuchenden fehlt hierzu ja das Geld. Mancher aber hat ein paar tausend Mark und gäbe sie gern her, wenn er eine Wohnung erhalten könnte. Wer eine Wohnung von 2 bis 4 Zimmern mit Bad und anderem Zubehör haben will, muß je nach der Zimmerzahl 2000 bis 5000 Goldmark als Darlehen an die Wohnungsfürsorgegesellschaft geben, damit sie Mittel zur Baukostendeckung hat. Teilzahlungen werden zugelassen, die erste Zahlung muß 1000 M. betragen, die weiteren können auf je 500 M. bemessen werden. Wer bis zum 31. Oktober 1924 keine Summe abbezahlt hat, erhält nach Möglichkeit schon am 1. April 1925 eine entsprechende Wohnung zugewiesen. Wird die Zahlung der vollen Summe erst später erreicht, so beginnt der Anspruch auf Zumeisung einer Wohnung entsprechend später. Beteiligten können sich aber nur Personen, die in Berlin wohnungsberechtigt sind. Nähere Bedingungen sind bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft (Berlin, Stadthaus, Parochialstr. 9—18, Zimmer 360) und bei den Bezirkswohnungsämtern kostenlos zu erhalten.

Bei diesem Verfahren der Wohnungsfürsorgegesellschaft wird der Wohnungsmangel benutzt als ein Hebel zur Beschaffung der Mittel, die zur Verringerung des Wohnungsmangels erforderlich sind. Die Sache ist allerdings, wie man sieht, nur für Leute, die „ein bißchen in die Suppe zu brocken haben“. Vor dem Irrtum, daß eine Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft den Wohnungsbau beleben würde, warnte Direktor Elart, obwohl er im übrigen kein Freund der Wohnungszwangswirtschaft ist. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft hält bei den Hauszinssteuerhypotheken die in den Richtlinien für Preußen festgesetzte Beilegungsgrenze für zu niedrig und will beim Wohlfahrtsminister anregen, daß die Beilegung in Uebereinstimmung mit den Baukosten gebracht wird und bis zu 80 Proz. der Baukosten gehen darf.

## Die Rache der Ehefrau.

Wieder einmal der ominöse § 218.

Als Folge einer unglücklichen Ehe stellte sich der Fall dar, der den Regierungsrat J. aus B., dessen Ehefrau und eine Berliner Hebamme vor dem Schöffengericht Schöneberg wegen Vergehens gegen § 218 StGB. (Abtreibung) führten.

J. war seit 1902 verheiratet. Die Ehe gestaltete sich aber im Laufe der Zeit höchst unglücklich, so daß der Ehemann 1920 die Ehescheidungsfrage einreichte, während die Ehefrau Widerlage erhob. Im Scheidungsprozeß trat die Frau plötzlich mit der Behauptung auf, daß ihr Ehemann sie gezwungen habe, sich im Sinne des § 218 zu vergeblich. Sie nannte auch die Hebamme in Schöneberg, die von ihnen gemeinsam aufgeführt worden sei. Da die Ermittlungen ergaben, daß das Ehepaar tatsächlich bei der Hebamme gewesen, und daß nach sieben Monaten eine Fehgeburt erfolgt war, wurde gegen alle drei Personen Anklage erhoben. Der angeklagte Regierungsrat bezeichnet die Selbstbeschädigung seiner Frau als einen Ausfluß ihrer hysterischen Veranlagung und auch die Hebamme bestritt, daß ein sträflicher Eingriff erfolgt sei. Es habe sich nur um eine Ratholung gehandelt. Der von H. Dr. Alberg geleitete Gerichtsarzt Professor Dr. Fraenkel konnte keinen rechten Zusammenhang mit der Selbstbeschädigung der Ehefrau feststellen, aber auch keinen Anhalt für die behauptete Hysterie derselben. H. Dr. Alberg war der Meinung, daß die Beschuldigung der Ehefrau, die für ihre Scheidungszwecke Material gegen den Ehemann herbeischaffen wollte, nicht für eine Verurteilung ausreichte. Das Gericht hatte auch Bedenken, auf die einzige Angabe der Ehefrau zu einem Schuldpruch zu kommen und erkannte auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

## Verbrechen von Russen im Auslande.

Ein Nachwort zum Fall Moskwin und Ufow.

Durch die Oktoberrevolution und den Bürgerkrieg sind hunderte Tausende von Russen aus ihrem Vaterlande vertrieben worden, viele Tausende von Soldaten und Offizieren, die den Armeen Denikins, Wrangels, Koltshaks usw. angehörten. Sie fanden Unterkunft in erster Linie in Jugoslawien, Bulgarien, Konstantinopel, in der Tschechoslowakei und auch in einem nicht geringen Maße in Deutschland. Die Unterstützung dieser Menschen, die anfangs aus russischen Quellen floß, konnte nicht lange wehren. Nachdem sie verstreut war, begann für die Emigranten eine schwere Leidenszeit. Am schlimmsten waren diejenigen daran, die bis dahin körperliche Arbeit nicht gekannt hatten. Sie scheuten jedoch vor keiner Tätigkeit zurück und schlugen sich recht und schlecht durch. Einzelne aber emigrierten, nicht anders, als Einheimische, die auch Opfer der Nachkriegszeit wurden. Die Gerichtsverhandlungen offenbarten dann die Not und die innere Haltlosigkeit dieser entwurzelten Existenzen.

Der Offizier Moskwin, der den Buchhändler in der Kanistraße beraubt hat, wird wohl zu den Haltlosen gehört haben. Dafür sprechen nicht allein die Notizen seiner Tat, — die Notwendigkeit, Schulden zu begleichen, — sondern auch die Art der Ausführung des Verbrechens. Ein Mensch, der einen Raub an einem Bekannten begeht und in keiner Beziehung Vorkehrungen trifft, um unentdeckt zu bleiben, muß ein innerlich völlig haltloser Mensch sein. Es mag aber mehr als fraglich erscheinen, ob dieser Raubüberfall, der nichts anderes als ein Gelegenheitsverbrechen darstellt, mit einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren nicht zu hoch eingeschätzt worden ist. — Fast zu gleicher Zeit mit der Urteilsurteilung des ehemaligen Offiziers Moskwin hat ein Kollege von ihm, ein anderer russischer Offizier, namens Korotkha, noch weniger geschickt als ersterer, einen Raubüberfall auf den Inhaber einer Wechselstube begangen. Er betrat den Laden, hat den Mann, Dollars zu wechseln, und schlug ihn dann mit einem Hammer über den Kopf. Es gelang ihm, eine Menge Geld zusammenzuraffen; er wurde aber auf der Straße vom Publikum, das durch das Geschrei des Ueberfallenen aufmerksam geworden war, sofort gestellt. Hier war die Not das treibende Motiv. Der junge Mensch ist einer der unglücklichen Verführten, die die Wrangelsche Fährnischschulen in Serbien abfolviert haben. Er ist 22 Jahre alt, Sohn eines Kopzen, hat in Rußland Mutter und zwei Schwestern wohnen. Noch vor kurzem arbeitete er an Chausseebauten und landete an seine Verwandten in Rußland zwei Dollar ersparten Geldes ab. Nun war er arbeitslos in Belgrad, hatte seit zwei Tagen kein Krümchen Brot gegessen und entschloß sich zum Verbrechen.

Wieder aus anderen Motiven heraus ist ein Verbrechen von dem 23jährigen Leutnant Radkowskii begangen worden, der sich erst vor einigen Tagen vor einem französischen Schwurgericht verantworten mußte. Er hatte seinen Feind, den Leutnant Morosoff, just am selben Tage durch eine Kugel niedergestreckt, als letzterer eine junge Französin zum Altar führen wollte. Radkowskii sollte den Trauzeugen abgeben. Morosoff hatte aber im Laufe von drei Jahren ein Verhältnis mit der Schwester des Angeklagten und auch ein Kind mit ihr gezeugt. Als er sie nun zum inländischen Bitten seines Freundes verlassen wollte, erschah ihn Radkowskii. Die Geschworenen sprachen ihn von der Schuld frei.

Richtig hört man mehr von dem Senationsfall des Künstlers Rjasojedoff, des Sohnes des berühmten russischen Malers desselben Namens. Der junge Mann hatte gemeinsam mit einigen anderen russischen Künstlern mit großem Erfolg sich mit der Herstellung von Dollarnoten befaßt. In aller Erinnerung ist noch der Fall des Hochstaplers, der unter dem wohlklingenden Namen Fürst von Goltzyn sein Unwesen trieb.

Das sind natürlich nur einige wenige Fälle, die in die breite Öffentlichkeit gedrungen sind.

## Achtung, BSB. - Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre!

Am Montag, den 16. Juni 1924, abends 7 Uhr, in den „Musikerkälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

## Große Konferenz

Tagesordnung: 1. Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Referent: Genosse Franz Künstler. — 2. Diskussion. 3. Wahl der drei Vertreter für den erweiterten Bezirksvorstand.

— Funktionärsausweis legitimiert! —

## Glas statt Brillanten.

Aus der Praxis eines Nepp-Juweliers.

Eine eigenartige, recht gemeingefährliche Industrie scheint in gewissen Juweliergeschäften betrieben zu werden. Dort werden ansehnend an Stelle wertvoller Ringe, die zur Reparatur gegeben werden, sogenannte Nepperringe eingetauscht. Ein derartiger Fall beschäftigte das Schöffengericht und Berufungsstrafkammer des Landgerichts I.

Ein Fräulein W. wollte mit einem Herrn ausgehen und borgte sich von ihrer Schwester, der Inhaberin eines großen Restaurants, einen wertvollen Brillantring. Als das Pärchen in einer Konditorei am Alexanderplatz auf einem Sofa besamenschte, schrieb die junge Dame plötzlich auf: „Ach Gott, der Stein ist ja aus dem Ring heraus!“ Beim Nachsehen wurde der Stein jedoch in den Polstern des Sofas gefunden. Da Fräulein W. ihrer Schwester vom dem Vorfall nichts sagen wollte, brachte sie den Stein zu dem Juwelier Hansen, der aber erklärte, daß die Reparatur etwa acht Tage dauern werde. Inzwischen hatte die Restaurateurfrau die Geschichte doch erfahren und begab sich zu dem Juwelier, um den kostbaren Ring zurückzufordern. Zu ihrem Erstaunen war die Reparatur schon vollendet, aber Frau S., die Restaurateurfrau, bemerkte sofort, daß ihr ein ganz anderer Ring mit einem wertvollen Glasstein zurückgegeben wurde. Da der Juwelier dabei blieb, daß er diesen Ring erhalten habe, wurde Strafanzeige erstattet. Für den Angeklagten fiel unangenehm ins Gewicht, daß ein Schächtermeister R. und eine andere Person sich meldeten, die von dem Juwelier bei einer Reparatur in ähnlicher Weise getäuscht sein wollten, indem sie statt Brillanten Glas erhalten hätten. Infolgedessen verurteilte das Amtsgericht Mitte den Angeklagten wegen Betruges zu vier Monaten Gefängnis. Damals hatte der Juwelier den froglischen Ring nicht beigebracht, da er erklärte, daß er ihn nicht mehr finden könne. In der Berufungsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I legte er jedoch plötzlich den Ring vor. Rechtsanwältin Bahn beantragte daraufhin, einen in der Nähe des Gerichts wohnenden Juwelier als Sachverständigen zu laden, und die Sitzung wurde bis zu dessen Erscheinen unterbrochen. Der Sachverständige erklärte dem ihm vorgelegten Ring für einen richtigen Nepperring mit ganz ordinärer Fassung, wie ihn kein reeller Juwelier führe. Derartige Schund werde nur in Cafés von Neppern dem Publikum angeheimert. Die Frauin S. dagegen behauptete, daß ihr Ring einen wertvollen Stein in guter Fassung gehabt habe. Das Gericht sah den Fall nicht als Betrug auf, sondern als Unterschlagung und erkannte auf drei Monate Gefängnis, stellte dem Angeklagten jedoch auf Bitten des Verteidigers Bewährungsfrist aus.

## Für den Schulaufbau.

Die Christlich-Unterrichtlichen stellen zur Elternratswahl sieben Punkte auf, die sich hauptsächlich mit der Frage des Religionsunterrichts und der christlichen Erziehung beschäftigen. Sie brauchen nur einen Punkt, der durchgeführt, bedeuten würde: Auslieferung der Schule an Kirche und Reaktion. Die Berliner Schulnotgemeinschaft stellt ihnen elf Punkte gegenüber:

1. Kampf gegen Schulabbau.
  2. Keine Erhöhung der Klassenfrequenzen.
  3. Ausreichende Befähigung aller kranten und unterernährten Kinder durch Schulspeisungen.
  4. Versorgung Bedürftiger mit Kleidung.
  5. Unentgeltliche ärztliche Behandlung (Ausbau des Schutz- und Schulschwärmerwesens).
  6. Ausreichende Heizung, Säuberung und Lüftung der Schule.
  7. Beschaffung und Vierung der notwendigen Lehr- und Lernmittel durch Gemeinde und Staat.
  8. Schulgeldfreiheit.
  9. Kampf für uneingeschränkte Erhaltung der Grundschule.
  10. Kampf gegen die Verkürzung der Volksschule.
  11. Kampf gegen die politische Vergiftung der Jugend.
- Alle freilich denkenden Eltern treten für diese Forderungen ein und stimmen daher für die Liste: Schulaufbau!

## Umleitung von Straßenbahnlinien wegen Bauarbeiten.

Ab 14. Juni verkehren die Linien 60, 61, 62, 74, 160 und 174 zwischen Alexanderplatz und Königstor in beiden Richtungen über Prenzlauer Straße, Prenzlauer Tor und Prenzlauer Berg. — Ab 16. Juni verkehrt die Linie 23 fort durch die Rathenower Straße in beiden Richtungen über Perleberger Straße, Stromstraße, Alt-Roabit. — Ab 17. Juni verkehrt die Linie 76 in beiden Richtungen über Hubertus-Allee nur bis Roseneck. — Die Linie 176 verkehrt gleichzeitig in beiden Richtungen über Königs-Allee und Hundekette bis Hagenstraße unweit der Parkstraße.

## Das Rundfunkprogramm.

Sonnabeud, den 14. Juni.

Tageseinstellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30—7 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7.30 Uhr: Vortrag der Frau Margarete Weinberg: „Allerhand Frauenberufe“. 9 Uhr: Vortrag des Herrn Regierungsrats Dr. Zaehner, Vorsteher des Laboratoriums für Vorrats- und Speicherschädlinge an der biologischen Reichsanstalt: „Pelz- und Kleidermotten“. 9—10 Uhr: Konzert des Mandolin-Klubs „Con passione“. Dirigent: Heinrich Ernott. 10.15—11.30 Uhr: Tanzmusik.

## Mängel im Feuerschutz Groß-Berlins.

Von den größeren Bränden der letzten Tage seien zwei herausgegriffen, um an ihnen die charakteristischen Mängel im Feuerschutz der Großstadt zu zeigen. Diese charakteristischen Mängel bestehen vor allem darin, daß die Betriebsleitungen dem Feuerschutz nicht die notwendige Beachtung schenken. Aufwendungen für den Feuerschutz des Betriebes werden immer noch zu den unproduktiven Aufwendungen gerechnet und so entstehen schwere Verluste an Brandschäden auch dort, wo sie mit Aufwendung geringer Mittel vermieden werden könnten. Mangelhafte Konstruktion der Betriebseinrichtungen oder das Fehlen der Kontrolle dieser Einrichtungen, Mangel an Mitteln, für die Bekämpfung von Spezialgefahren geeigneten Löschmitteln, Mängel in der Ueberwachung der Betriebe während der Zeit, in der sie ruhen, und in der Möglichkeit der Feuermeldung an die Feuerwehr sind es immer wieder, die zu schwersten Brandkatastrophen führen.

Wenn in diesen beiden Fällen auch Menschenleben nicht bedroht waren, so ist das doch — wenigstens in den Bergmann-Berlen — mehr dem Zeitpunkt des Entstehens des Schadenfeuers als den vorbeugenden Maßnahmen im Betrieb zuzuschreiben. Die Brandberichte enthalten kein Wort davon, daß versucht werden konnte, das im Entstehen begriffene Feuer mit geeigneten Löschmitteln — die brennenden Unterkübelungen etwa mit Teerabfischern und die brennenden Teerbottiche mit Schaumlöschern anzugreifen. Sie enthalten auch kein Wort davon, daß neben diesen Löschversuchen sofort vorhandene Feuerwehler in Tätigkeit gesetzt und die Feuerwehr zu Hilfe gerufen wurde. Im Gegenteil! Bei Bergmann mußten erst Passanten die nahegelegene Feuerwache benachrichtigen und in Stahnsdorf fehlte jede Verbindung mit Groß-Berlin. Stahnsdorf verdient für sich ebenfalls Beachtung wie Bergmann. Am Morgen stand der Straßenbahnhof vollständig in Flammen. Der Bahnhof mit seinem gesamten Inhalt im Werte von vielen Millionen wurde vom Feuer zerstört, ohne daß die Feuerwehr Berlins vom Feuer Kenntnis erhielt. Die beschriebenen Mittel für einen Wächter und für direkte Verbindung mit dem wenige Kilometer entfernten Feuerwehler der Großstadt hätten genügt, um diese Verluste zu vermeiden. Für einen Wächter zur Bewachung von Millionenswerten — wenigstens in der Zeit, in der sonst niemand anwesend ist — hätten die Mittel aufgebracht werden müssen, um weit schwereren Schaden zu verhindern. Daß der Wächter allein nicht genügt, daß ihm auch die Einrichtungen zur Verfügung stehen müssen, die es ermöglichen, im Bedarfsfalle sofort die notwendige Unterstützung durch die Feuerwehr herbeizurufen zu können, bedarf keiner Begründung. Für die Betriebsleiter und Betriebsvertreter der Betriebe in Groß-Berlin aber müssen diese Fälle Veranlassung sein zu prüfen, ob in ihrem Betriebe alle Vorbereitungen für das erfolgreiche Eingreifen bei einem Schadenfeuer getroffen sind. Die Feuerwehler der Stadt — ihre Anschriften und ihr Arbeitsfeld immer wieder in den Tageszeitungen bekanntzugeben, was Aufgabe der Oberbranddirektion — sind jederzeit bereit, ihre langjährigen und sochließlichen Erfahrungen in den Dienst des Feuerschutzes in den Betrieben zu stellen. Doch auch an priorer Hilfe fehlt es nicht. Das Institut für Feuerverhütung und Feuerbekämpfung, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 69 b, verfügt ebenfalls über genügend fachlich geschultes Personal, um selbst in die wirkungsvolle Gestaltung des Feuerschutzes einzugreifen.

## Von Wilderern erschossen.

Tätowierungen als Kennzeichen der Täter.

Bei einem Zusammenstoß mit Wilderern wurde der Jagdpächter und Kaufmann Richard Meißel aus Heinfelde erschossen. Er war am 1. Juni auf sein gepachtetes Revier Kunberg bei Steglitz gefahren. Früh morgens auf der Wiese trief es mit zwei in der Gegend bekannten und gefürchteten Wilderern zusammen, die ihn dann erschossen. Beide, zwei Arbeiter, die in ihren Kreisen die Spitznamen „Fänger“ und „Dachs“ führen, küchelten nach der Tat. Ihre Spuren führen nach Berlin. „Fänger“ heißt richtig Karl Schmidt, ist 40 Jahre alt und in Helbra im Mansfelder Steireis geboren. Er ist 1,72 bis 1,74 Meter groß und schlant, hat blondes Kopffhaar und blonden Schnurrbart, blaue Augen, eine hohe Stirn und ein blaues Gesicht. Auf dem rechten Unterarm trägt er die Tätowierung eines Ahteten. „Dachs“ heißt richtig Gustav Baumgarten. Er ist 39 Jahre alt, stammt aus Bennetensfelde, ist 1,60 Meter groß, hat dunkles Haar, etwas D-Beine, einen finsternen Blick und mehrere Narben auf dem Kopfe, besonders des Hinterkopfes. Auf Brust und Armen ist er ebenfalls tätowiert. Beide sind schon zweimal wegen Wilderei verurteilt. Auch haben sie mehrere Einbrüche auf dem Gewissen. Es ist anzunehmen, daß sie, da sie vollkommen mittellos sind, sich in Berlin durch Einbrüche weiterhelfen werden. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Trotzin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Gutachten und richterliche Entscheidung.

San.-Rat Genosse Dr. Otto Juliusburger schreibt uns:

Herr Justizrat Victor Fraenkel hat in Nr. 270 des „Vorwärts“ im Falle des zum Tode verurteilten neunzehnjährigen Arbeiters Hans Jande mitgeteilt, daß trotz eines eingehenden psychiatrischen Gutachtens das Kammergericht die Beschwerde mit dem einzigen Satze abgewiesen habe: „An Erwägung, daß der zutreffenden Begründung des angebotenen Bescheides lediglich beigetreten war“. Da die vom Herrn Verteidiger im Falle des zugleich zum Tode verurteilten neunzehnjährigen Kurt Goldbach eingeleitete Beschwerde noch nicht erledigt ist, möchte ich meinerseits, da ich in beiden Fällen ein Gutachten erstattet habe, da es sich um zwei junge Menschenleben und deren schwer geprüfte Mütter handelt, die Anregung geben, die erstatteten Gutachten der obersten Medizinischen Behörde zu einem Obergutachten an der Hand einer erneuten fachärztlich-psychiatrischen Untersuchung des Hans Jande und Kurt Goldbach vorzulegen. Von den eben berührten Fällen abgesehen, bin ich im allgemeinen der Ueberzeugung, daß nur dann der Richter in der Lage sein wird, ein psychiatrisches Gutachten richtig beurteilen zu können, wenn er psychiatrische Grundkenntnisse besitzt, wozu nicht der sog. „gesunde Menschenverstand“, d. h. für gewöhnlich, die völlige Unkenntnis mit den von der Wissenschaft festgestellten Tatsachen verhilft, dazu ist unbedingt erforderlich, die vor Uebernahme des Richteramtes erfolgte gründliche Belehrung und Unterweisung, wie sie nur in einer psychiatrischen Klinik unter gleichzeitiger Beobachtung von Geisteskranken mannigfacher Art erworben werden kann. Verfügt der Richter nicht über derartige unumgänglich notwendige Grundkenntnisse, so sollte er sich, namentlich wie in den vorliegenden Fällen, innerlich bewegen fühlen, ein fachärztliches Obergutachten einzuholen und dessen Ergebnis seiner folgenreichen Entscheidung zugrunde zu legen.

## Lustpostverkehr nach Rußland Lettland und Estland.

Mitte Juni befördert die Lustpost Königsberg (Pr.)—Moskau alle Arten gemahlter und eingekochter Briefsendungen nach Rußland, Sibirien, China und Persien (bisher nur Briefe und Postkarten). Flugzuschlag neben den gewöhnlichen Russlandsgebühren für Postkarten 20 Pf., für je 20 Gram andere Briefsendungen 30 Pf. Zeitgewinn gegenüber gewöhnlicher Beförderung 42 Stunden. Nach Estland sind fortan ebenso wie nach Lettland auch Lustpostpakete, dringende und nicht dringende, und Lustpostzeitungen zugelassen. Beförderung auf der Luftpostlinie Königsberg (Pr.)—Riga—Kawal—Helsingfors. Die Pakete erreichen mit der Luftpost ihr Ziel einige Tage früher als auf gewöhnlichem Wege. Wegen der Zuschlaggebühren Auskunft bei den Postanstalten. Die Gebühr für dringende Lustpostpakete nach Lettland ist herabgesetzt.





# Abstimmungen auf dem Parteitag.

## Koalitionspolitik und Reichswehretat. — Einig in Sachsen. — Organisationsstatut.

Genosse Wels führt in seinem Schlusswort noch fort:

Ein Zusammengehen mit den Kommunisten hat der Parteivorstand abgelehnt, weil nach den bekannten 21 Punkten, die von Rostau aus aufgestellt wurden, die Partei auch in Sachsen nicht mit den Kommunisten Politik treiben konnte. Darauf haben wir unsere sächsischen Genossen aufmerksam gemacht. Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß die sächsischen und thüringischen Genossen das Zusammengehen mit den Kommunisten einleiteten im Gegensatz zu der von der Gesamtpartei befolgten Politik. Nicht der Sozialdemokratischen, sondern der kommunistischen Partei in Sachsen habe ich den Vorwurf gemacht, das Vorgehen der Reichswehr verschuldet zu haben.

Es ist das tragische Verhängnis für die Partei, daß die Sozialdemokratie solange nicht in der politischen Macht, sondern im Umkle war, als in England und Frankreich die bürgerlichen Strömungen stärker waren als gegenwärtig, und daß die Stärke der Sozialdemokratie durch innen- und außenpolitische Wirkungen sich minderte, bis in den übrigen Ländern durch unsere Politik der Einfluß der Arbeiterschaft wuchs.

In der Geschichte wird es die Sozialdemokratie Deutschlands zu ihren höchsten Ruhmesblättern zu rechnen haben, was sie in den fünf Jahren nach dem Kriege geleistet hat. Wir werden wieder auf die Höhe steigen, weil die moralischen Tendenzen und die wissenschaftliche Grundlage der Sozialdemokratie den Sieg verschaffen werden. Mancherorts wünschte man allerdings die befriedende Niederlage, weil man dadurch auf eine Befreiung der Bonzen und auf eine Aenderung der Politik der Partei hoffte. Der Genosse Litzke war Vorsitzender des ersten Berliner Bezirksparteitages, der beschloß, den Parteivorstand wegen der Kandidatenaufstellung anzurufen. Ich habe nicht aus Vergnügungslust eingegriffen, sondern habe es getan im Auftrage des Vorsitzenden der Berliner Parteioffiziere. Irrig ist, daß die Berliner Kandidatenaufstellung etwas zu dem Wahlausfall beigetragen hat. In Lötow-Beeslow hat die Partei schlechter abgeschnitten als in Berlin, und dort war die Kandidatenliste nicht unstritten. Der Redner nimmt dann Stellung zu den Anträgen, die zu dem Bericht des Parteivorstandes eingelaufen sind.

### Hermann Müller

befpricht in seinem Schlusswort zunächst die Anträge zum Bericht der Reichstagsfraktion und weist darauf hin, daß die Resolution Dähmann ein scharfes Mißtrauensvotum gegen Parteivorstand und Reichstagsfraktion darstellt, worüber sich jeder Abstimmende klar sein mußte. Darüber darf kein Zweifel bestehen, daß die Reichstagsfraktion die Arbeitszeitdienstpflcht ablehnen wird als verkappte Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht. Vorbereitungen für die Durchführung des Volksentscheids über den Achtstundentag werden getroffen. Einen Antrag zu stellen, bei der Haushaltsberatung den Reichswehretat abzulehnen, halte ich

für unklug; das muß die Reichstagsfraktion bei den Verhandlungen über den Etat selbst entscheiden. Durch die Annahme eines solchen Antrages geben wir den Reichsparteien nur Gelegenheit, unter der Reichswehr gegen uns zu agitieren. Die Reichstagsfraktion konnte nicht mehr zur Aufklärung über ihre Tätigkeit tun, weil die Mittel fehlten; die Kläden mußten zum großen Teil zur Aufrechterhaltung der Partei benutzt werden. Keine Woche ist in den letzten Monaten vergangen, in der vom Parteivorstand nicht Referenten und Korreferenten verlangt wurden. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind aber nicht dazu da, Hahnenkämpfe in den Unterbezirken aufzuführen.

Zur Demokratie gehört nicht nur Schutz der Minderheit, sondern vor allem auch Schutz der Mehrheit.

In die Regierung sind wir nur gegangen, wenn wir aus einer außenpolitischen Zwangslage mußten. Darum sind alle Oppositionsredner herumgegangen, und niemand hat bemängelt, daß wir jetzt der Regierung das Leben gerettet haben. Soweit man Bedingungen durchsetzen kann, hängt davon ab, wieweit die anderen einen für ihre Politik brauchen. Unsere Stellung war jetzt schwach, weil die Bürgerlichen mußten, daß wir im Interesse der Arbeiterschaft und der Sozialisten der anderen Länder eine bestimmte Politik unterstützen mußten. 80 Prozent der Mehrheit der Fraktion huldigt nicht dem Grundgedanken, daß man dabei sein muß in der Regierung. Wenn ich in Göttingen sagte, man soll Stinnes nicht zum schwarzen Mann machen, er sei nicht schlimmer als Thyssen und Gildener so war das in der Folge richtig. Stinnes ist sich allerdings bis in die letzten Tage treu geblieben, seine Interessen mit denen des deutschen Volkes zu verwechseln. Er hat es auch noch so einzurichten gewünscht, daß das Reich von seinem großen Vermögen keine Erbschaftsteuer bekomme. Er hat seine Frau zur Alleinerbin eingesetzt, und die Kinder haben zugunsten der Mutter auf ihren Pflichtteil verzichtet, so daß das Vermögen gar nicht festzustellen ist und keine Steuer bezahlt wird. Sächsisch ist die Behauptung, daß die Bourgeoisie die Inflation absichtlich herbeigeführt habe. Das trifft für einen gewissen Teil der Schwerindustrie zu, aber sicher nicht für den Mittelstand, der doch auch Bourgeoisie ist. Aber die Bourgeoisie ist nichts Einheitliches. Die Gerechtigkeit gebietet, festzustellen, daß in der Novemberkrise und in der letzten Krise die demokratische Partei sich alle Mühe gegeben hat, zu verhindern, daß die Deutschnationalen in die Regierung kommen. Auch die Zentrumspartei ist eine Bourgeoispartei, und doch fanden sich glänzende Kritiker der Anerkennung in unserer Presse für den Reichstagsler Marx aus dieser Partei. Wenn die Deutsche Volkspartei mit ihrer Politik durchdringt, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Deutschnationalen in die Regierung kommen.

Das haben wir aber nicht zu wünschen, auch wenn unsere Agitation durch eine scharfe Oppositionsstellung zu einer solchen Regierung erleichtert würde.

Aber wir würden auch dann denselben Weg gehen müssen, den die englischen und französischen Genossen gegangen sind. Denn einem

deutschen nationalen Block gegenüber können wir keine andere Politik einschlagen als die französischen Genossen. Bei den Mehrheitsverhältnissen in Thüringen war auf die Dauer eine sozialistische Regierung nicht möglich. Wir haben die SPD. nie anders beurteilt, als sie die Thüringer Sozialdemokratie nach dem Scheitern ihres Regierungsexperimentes selbst geschildert hat.

Einen Vorstoß gegen Ebert zu unternehmen ist eine außerordentliche Lattlosigkeit (lebhaft Zustimmung) in einer Zeit, wo die Deutschnationalen täglich gegen ihn antreten. Es ist noch gar nicht an der Zeit, auf diesem Parteitag über die Wahl des Reichspräsidenten zu sprechen; wir wissen noch gar nicht, welche politische Konstellation bei der Neuwahl vorliegt. Die Parteien der äußersten Rechten werden den Versuch machen, einen General oder Admiral, einen deutschen MacMahon an diese Stelle zu bringen. Ich hoffe, daß die deutschen Republikaner sozialistisches Verständnis aufbringen werden, das zu verhindern. Die Parteileitung und die Fraktion werden Mittel und Wege finden, die Genossen an der Wahl zu interessieren. Die Sozialdemokratische Partei und die Reichstagsfraktion werden auch in Zukunft eine Politik verfolgen, die der Republik und der Arbeiterschaft zugute kommen wird. Im Verhandeln mit unseren englischen, französischen, italienischen und belgischen Genossen über die praktischen Fragen der Politik sind wir uns immer rasch einig geworden. Auch in Zukunft wird uns das Verhandeln fortbringen zum Siege.

In einer persönlichen Bemerkung gegen Wels verließ Gen. Dähmann darauf die bekannte Erklärung der 118 Unabhängigen vor der Einigung auf dem Parteitag in Bera. Wir beanspruchen mit dieser Erklärung, so betont Dähmann, kein Reservatrecht in der gesamten Partei. Wels hebt demgegenüber hervor, daß diese Generalkrklärung ursprünglich als Antrag an den Parteitag gelangt sei in der stillen Hoffnung, daß darüber die Einigung scheitern könnte. (Lebh. Widerspruch.) Gen. Litzke Berlin berichtet, daß er als Vorsitzender des Berliner Parteitagess lediglich festgestellt habe, daß die Gen. Dittmann und Crispian den Vorschlag, den Parteivorstand eingreifen zu lassen, machten. Gen. Dähmann sagt, daß mit der Generalkrklärung vor allem ein Appell an Ledebour und seine Freunde gerichtet werden sollte, daß es aber den Unterzeichnern der Erklärung in keiner Weise um den Ausdruck eines Mißtrauens gegen die Einigung zu tun war. Zur Klärung dieser Frage erhält das Wort

Hilferding: Es liegt mir fern, zu behaupten, daß die Antragsteller jener Erklärung die Einigung nicht gewollt hätten; wir haben sie aber damals darauf aufmerksam gemacht, daß die Annahme ihres Antrages mit größter Wahrscheinlichkeit zur Verschlagung der Einigungsverhandlungen führen müßte. Trotzdem war der Antrag gestellt worden. Erst in Verhandlungen ist es gelungen, einen großen Teil der Unterzeichner zu bewegen, daß sie im Interesse der Einigung sich damit begnügten, diese Erklärung zu Protokoll zu geben. Dadurch ist die Gefährdung der Einigung verhindert worden.

Crispian: Ich kann nur bestätigen, was Hilferding dargelegt hat. Im ganzen Reiche ist die Behauptung verbreitet worden, daß der Parteivorstand sich diktatorische Eingriffe in die Berliner Kandidatenaufstellung erlaubt habe. Diese Behauptung ist zuerst aufgestellt worden von einem Gen. Franken, Redakteur der Leipziger Korrespondenz, der damals gleichzeitig noch Mitarbeiter eines Organs der Kommunisten war. (Hört, hört!) Ich muß es ablehnen, von einem solchen Genossen meine Bestimmung abstempeln zu lassen. Meine Erwiderung in derselben Korrespondenz wurde nur zur Hälfte abgedruckt. Ich habe mich jederzeit dafür eingesetzt, daß dem Parteivorstand ein Eingreifen erspart wurde. Er wurde aber angerufen, und in gemeinschaftlicher Sitzung mit der Berliner Organisationsleitung wurde dann ein Beschluß herbeigeführt, der von der Berliner Bezirksteilung angenommen wurde. Die Kandidaten von Berlin wurden nicht durch ein Diktat, sondern durch die Berliner Organisation aufgestellt. Ich will durch meine Ausführungen vermeiden, daß sachliche Entscheidungen durch persönliche Berührungspunkte verzerrt werden. Ich wende mich (mit der Faust auf den Tisch schlagend) aber dagegen, daß man als Parteigenosse wegen einer Stellungnahme politisch gemißachtet und gesellschaftlich geächtet wird. (Lebh. Zustimmung und Bravorufe.) Ich will nicht Richtungsritzer sein, um Vertrauen und Stimmen zu erhaschen, aber ich lehne diese Art der Auseinandersetzung wie im Falle der Berliner Kandidatenaufstellung ab. (Lebh. Beifall.)

Daraufhin erteilt der Parteitag entsprechend dem Antrag der Kontrollkommission dem Parteivorstand einstimmig Entlastung.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschließt die große Mehrheit des Parteitages, zunächst über den Antrag Müller namentlich abzustimmen. Das geschieht.

Um 1/2 Uhr werden die Beratungen auf nachmittags vertagt, ebenso die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses.

### Nachmittagsitzung.

Der Antrag Dähmann ist inzwischen verteilt worden; er lautet:

„Die Politik der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei war in den letzten Jahren darauf gerichtet, auch innen die Republik auszubauen und zu sichern, nach außen durch Übernahme von Reparationsleistungen die Unversehrtheit des nach dem Friedensvertrage verbliebenen Reiches aufrechtzuerhalten, die Lasten des Krieges endlich in Deutschland gerecht zu verteilen. Sie hat diese ihr gesteckten Ziele im wesentlichen nicht erreicht.“

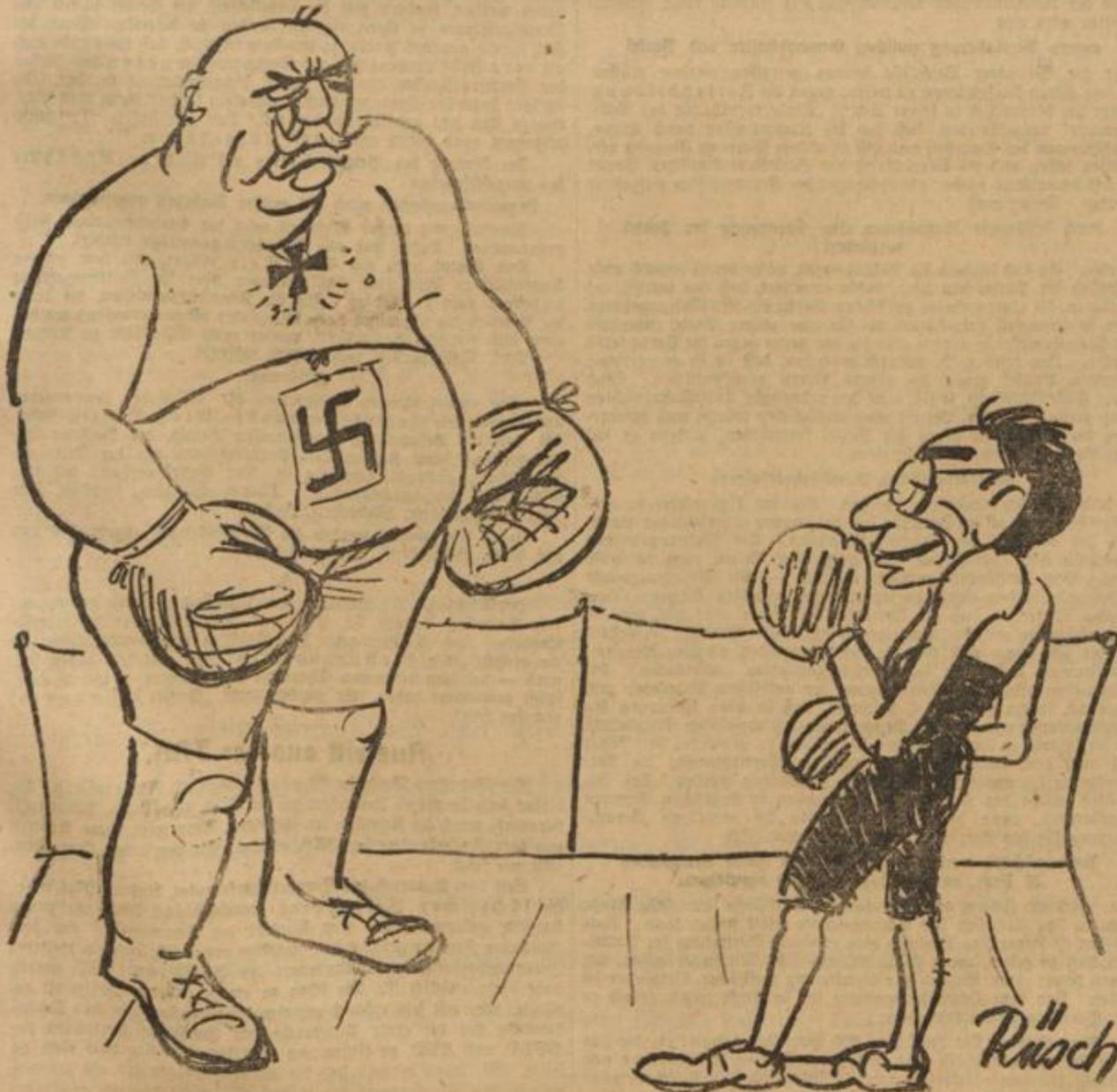
Wirtschaftlich hat die deutsche Bourgeoisie durch planmäßige Forderung der Währung die Reparationsleistungen im allgemeinen unmöglich gemacht und durch großzügige Verarmung und Enteignung des Mittelstandes, der Beamten, Angestellten und Arbeiter eine gewaltige Bereicherung gestiftet an Stelle der Lasten, die sie nach dem verlorenen Kriege zu übernehmen verpflichtet war.

Außenpolitisch hat diese Politik der Bourgeoisie zur Befestigung des Ruhrgebietes geführt. Sie hat den im Friedensvertrag vorgesehenen allmählichen Abbau der Befestigung gefährdet und eine Erweiterung der Befestigung und der aus ihr herrührenden Kosten zur Folge gehabt.

Innenpolitisch endlich ist die Einheit des Reiches aufs tiefste erschüttert; bewaffnete Banden bedrohen die Republik, eine reaktionäre Verwaltung fördert alle diese Gefahren für das Reich und verhindert den freiwilligen Ausbau des Staates; eine böswärtige Justiz macht Recht und Gesetz zum Kindergepöhl.

Die Erfahrung hat gezeigt: alle diese Gefahren waren gebannt, so lange die Arbeiterschaft aus eigener Kraft ihre Interessen wahrte. In dem Maße, in dem die Arbeiterschaft an die Stelle der energiegelichten Verfolgung eigener Interessen die Rücksicht falscher verstandener Allgemeininteressen stellte, traten diese innen- und außenpolitischen Folgen an den Tag. Die Bourgeoisie hat bewiesen, daß sie den Kampf nach innen in der Republik mit nicht minderer Brutalität führt als in irgendeiner anderen Staatsform

# Von kommenden Dingen.



Boxkampf Scholem — Ludendorff.

und daß daher das Maß der Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie für diesen Staat nicht weiter gehen kann als die Arbeiterklasse im Staat tatsächlich die Macht hat.

Die bisherige Politik der SPD., der Koalition mit mehr oder weniger demokratischen Teilen der Bourgeoisie hat weder vermocht, jene außen- und innenpolitischen Gefahren zu bannen, noch der Arbeiterklasse als Klasse die Macht zu erhalten, die sie braucht, um ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Die verkehrte Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie hat den Bestand der Gewerkschaften und Genossenschaften, den sozialen Arbeiterstand und den Achtstundentag schwer gefährdet. Die Anlehnung an die Bourgeoisie auf politischem Gebiet hat zu einem Rückgang unseres Einflusses auf die arbeitende Klasse geführt, der zuletzt seinen Ausdruck in den Reichstagswahlen fand.

Die SPD. als die Partei des arbeitenden Volkes muß diesen Einfluß zurückgewinnen, der Parteitag fordert daher von der Partei und ihren Organen, im Parlament wie in der Presse, in der praktischen Politik wie in der Agitation sich leisten zu lassen von dem Gedanken des unerbittlichen Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Dieser Kampf muß geführt werden Schulter an Schulter mit allen der Sache des Proletariats ehrlich dienenden Bekämpfern in Stadt und Land, in der Erkenntnis, daß nur eine Partei, die in diesem Kampf die Massen sammelt und mit Vertrauen erfüllt, instande ist, Volk und Reich aus den gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Nöten zu retten und im Sozialismus die letzte Befreiungsarbeit herbeizuführen.

Vorsitzender Dittmann teilt zu Beginn der Nachmittags-Sitzung zunächst die

**Vorschläge des Parteiaussschusses für die Wahl des Parteivorstandes** mit. Für die verstorbenen Sekretäre, die Genossen Pfannkuch, Heinrich und Franz Krüger hat der Ausschuss eine Ersatzwahl nicht für notwendig gehalten, da der Parteivorstand nach der Vereinerung der getrennten Parteien ohnehin verhältnismäßig stark gemindert war. Er schlägt aber den Genossen Stellung wieder als Sekretär vor, der für die Zeit seiner medienburgischen Ministerpräsidentenschaft beurlaubt war. Die Wahlen werden am Sonnabend vorgenommen.

Die namentliche Abstimmung über die Resolution Müller hat ihre Annahme mit 262 gegen 105 Stimmen ergeben. Dadurch ist der Antrag Dittmann erledigt.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Antrag Eckstein, wonach die Fraktion beauftragt werden soll, bei der Haushaltsberatung den Reichswahretat abzulehnen. Der Antrag wird mit 249 gegen 99 Stimmen abgelehnt.

Vorsitzender Dittmann gibt Kenntnis von folgendem Antrag: „Der Parteitag erklärt: Da die

**Internationale Arbeiterhilfe eine Organisation der kommunistisch-bolschewistischen Politik ist,**

die als eins ihrer Hauptziele die Vernichtung der Sozialdemokratie erstrebt, ist die Beteiligung an der Internationalen Arbeiterhilfe und ihre Unterstützung unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie.“ (Sehr gut!) Der Antrag wurde solange zurückgestellt, bis eine Reihe von in Frage kommenden Genossen darüber eine Beratung gepflogen haben. Die Abstimmung wird am Sonnabend erfolgen.

Als Berichterstatter über

### Die Verhandlungen der Sachsenkommission

erhält das Wort

Duchowitz-Görlich: Die Arbeiten der Kommission und ihre Ergebnisse sind nicht nur befriedigend, sondern auch die Genossen beider Richtungen, der Parteitag und die Gesamtpartei werden zufrieden sein. Die Arbeit wurde der Kommission dadurch erleichtert, daß sie keinen Richteranspruch zu stellen hatte, sondern daß es

zu einer Verständigung gekommen

ist. (Beifall.) Fraktionsminderheit und -mehrheit zeigten von vornherein den guten Willen, die Einheit der Partei in Sachsen herzustellen. Dieses Bestreben wurde noch besonders erleichtert durch den Vorsitzenden der Kommission Genossen Hellmann, der in seiner geschickten und liebenswürdigen Art (Heiterkeit) den Gang der Verhandlungen erleichtert hat. Er verstand es, die Verhandlungen von persönlichen und nebensächlichen Dingen zu entscheiden und das Entscheidende in den Vordergrund zu stellen. Den Genossen aus Sachsen wurde der weiteste Spielraum gegeben. Von der Fraktionsminderheit nahmen an den Verhandlungen teil die Genossen Arz, Viehmann, Edel, Graupe und Schwarz, für die Fraktionsmehrheit die Genossen Hogen, Franz Behle, Müller und Held. Es handelte sich um zwei entscheidende Punkte: 1. Wer entscheidet über wichtige parlamentarische Taktik, also über Regierungsbildung, Wahl von Ministern usw.? 2. Wie soll sich die zukünftige Politik in Sachsen gestalten? Dabei ergab sich, daß die Kompetenzen der einzelnen Landesinstanzen bisher nicht richtig abgegrenzt waren. Die Kommission glaubt eine endgültige Lösung gefunden zu haben und unterbreitet dem Parteitag folgende

### Erklärung zur Weisung des Parteifreits in Sachsen:

1. Die Entscheidung über Regierungsbildungen, Ministerwahlen und sonstige parlamentarische Taktikfragen in den einzelnen Ländern trifft die zuständige Landtagsfraktion.
2. Wenn es technisch irgendwie durchführbar ist, sind die Landtagsfraktionen verpflichtet, vor ihrer Entscheidung über grundlegende wichtige Fragen eine Beschlussfassung der Landesinstanzen herbeizuführen.
3. Für die Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen den Landesparteierversammlungen und dem Reichsparteitag verantwortlich. Die Entscheidungen der Landesparteierversammlungen sind für die Fraktionen bindend.
4. Nicht berührt hiervon wird das Recht des Parteivorstandes und Parteiaussschusses die Ausführung von Landesbeschlüssen bis zur Entscheidung eines Reichsparteitags zu suspendieren, wenn diese Beschlüssen der Reichsparteitage zuwiderlaufen oder die Interessen der Gesamtpartei schwer schädigen.

Unbeschadet der bisher vertretenen taktischen Auffassungen erklären alle sächsischen Genossen, die an den Verhandlungen der Einigungskommission auf dem Berliner Parteitag teilgenommen haben:

1. Fraktionsmehrheit einerseits, Fraktionsminderheit und Landesinstanzen andererseits haben in der Vergangenheit in der festen Überzeugung gehandelt, dem Wohl des werktätigen Volkes zu dienen. Beide haben bestimmt geklärt, im Recht zu sein. In der Tat hatten die außerfraktionellen Gewaltmaßnahmen unvorhersehbare Situationen geschaffen, die sich überstürzend zu immer neuen Gefahrenpunkten führten. Dazu kam, daß die Zuständigkeit der einzelnen Körperschaften bisher nicht klar genug abgegrenzt war.
2. Höher als alle Vorteile und Nachteile der Koalitionspolitik und einer Koalitionsregierung steht uns die Einheit der Partei. Getragen von dieser Auffassung stellen die sächsischen Genossen für die künftige Landespolitik folgendes fest:
  - a) Die neue Taktik der kommunistischen Partei, an Stelle der „Einheitsfront“ offen die Vernichtung der Sozialdemokratie zum Ziel ihres Handelns zu machen, hat die proletarische Mehrheit im sächsischen Landtag zerstört. Ihre Wiederherstellung wird durch das Verhalten der Kommunisten für absehbare Zeit unmöglich gemacht.
  - b) Die Politik der Gesamtpartei geht dahin, durch Annahme und Durchführung des Sachverständigenauflagens die Wirtschaftslage Deutschlands zu sichern und allmählich zu verbessern. Wird dann der schwere Kampf um die innere Einheitsfront, der nur von einer einzigen geschlossenen Sozialdemokratie mit Erfolg für die arbeitende

Bevölkerung geführt werden kann, günstig beendet, dann ist ein starker Rückgang der nationalistischen und kommunistischen Zweiflungsstimmen zu erhoffen. Die gesamte sächsische Landtagsfraktion wird im Geiste dieser Politik der Gesamtpartei daran mitarbeiten, zu verhüten, daß während dieser kritischen Ubergangszeit die Regierung Sachsens in die Hände der Reaktion gerät.

3. Die Neuaufstellung der Landtagskandidaten ist in einigen sächsischen Bezirken bereits erfolgt in der Annahme, daß Neuwahlen unmittelbar bevorstünden. Angesichts der veränderten Situation wird die Auswahl der Landtagskandidaten den zuständigen Parteiorganisationen nochmals zur Entscheidung vorgelegt werden, möglichst nicht früher als acht Wochen vor den Neuwahlen. Die Anwesenden verpflichten sich, dafür einzutreten, daß bei der Auswahl der Landtagskandidaten die Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwundenen Parteistreit nicht gewertet wird.

Angeichts dieser

### Entscheidung, die alle befriedigen kann.

empfiehlt die Kommission, diese Vereinbarung debattelos anzunehmen.

Vorf. Wels: Die Partei kann sich beglückwünschen, daß es gelungen ist, diesen Streit auf diese Weise zu erledigen. (Beifall.) Der Antrag des Parteivorstandes zu dieser Sache wird zurückgegeben, er bleibt lediglich als Gutachten des Parteiaussschusses bestehen. Ich bitte den Parteitag, daß er dem Einigungsprotokoll zustimmt und dadurch die getroffene Vereinbarung als Auffassung der Gesamtpartei erklärt.

Der Parteitag stimmt dem einmütig zu.

Den Bericht der Kommission zur

### Beratung des Organisationsstatuts

erstattet

Lipski: Die in Nürnberg eingesetzte Kommission legt Ihnen die neue Fassung der Partei vor. Zur Grundlage haben wir die alten Statuten der SPD. und der USPD. genommen, haben aus beiden das Beste herausgezogen und durch die Erfahrungen wesentlich ergänzt. Wir bringen darin zum Ausdruck, daß wir eine geschlossene Partei von Mitgliedern sein wollen, die den ersten Willen haben, im Rahmen der Organisation grundsätzlich die Politik der Partei zu treiben und zu fördern. Um Mitgliedern, die diesen Ernst nicht beweisen, schneller los zu werden, ist die Mitgliedschaft im ersten Jahre eine vorläufige und dann erst endgültig. Vertrauensämter innerhalb der Partei sollen nur unter bestimmten Kautelen vergeben werden. Innerhalb der Partei haben wir versucht, die demokratischen Prinzipien im weitesten Rahmen festzulegen, z. B. in bezug auf die Zusammensetzung des Parteitag und bei der Aufstellung der Kandidaten für Parteiamter. Alle Funktionäre müssen vom Vertrauen der Parteigenossen getragen sein. Gegen die Tendenzen aber, die in manchen Anträgen zutage treten, wonach bezahlte Beamte als minderen Rechts erklärt werden sollen, hat mich die Kommission beauftragt, den scharfsten Protest zum Ausdruck zu bringen. (Bravo!) Selbstverständlich ist der Grundsatz, daß kein Parteigenosse in irgendeiner Körperschaft der Partei mitwirken und mitentscheiden darf an einer Sache, an der er persönlich interessiert ist. An dem Prinzip der Zentralisation der Partei ist gemäß unserer Gesamtpolitik festgehalten, die sich gegen jede Kleinpartei wendet und ein einheitliches deutsches Reich will. Doch darf die Zentralisation nicht zur Uniformierung werden: es müssen gewisse Rücksichten auch auf die Parteien der Länder genommen werden. Die Anträge, bei allen Wahlen in der Partei den Proporz einzuführen, zeugen von großer Weltfremdeit. Die Verhältniswahl ist für allgemeine Wahlen verschiedener Parteien gedacht, hat aber in einer Einheitspartei keinen Sinn. Parlamentarische Doppelmandate sollen auch in Zukunft nach Möglichkeit vermieden werden. Dazu gehören aber nicht Mandate in Gemeindevertretungen. Parteigenossen, die zu Ministerposten berufen werden, haben für diese Zeit von ihren Parteiamtämtern zurückzutreten, aber es muß ihnen der Wiedereintritt in ihr Parteiamt gewährleistet sein, wenn ihre politische Tätigkeit als Minister erledigt ist. Es wäre unwirtschaftlich, wenn man diese Kräfte für die Partei brochliegen lassen wollte. Die Verpflichtung für jeden Parteigenossen, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, wenn für seinen Beruf eine solche besteht, gilt natürlich nach wie vor. Infolge der kommunistischen Bestrebungen auf Bildung roter Gewerkschaften wird eine

### engere Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Partei

über die Weimarer Beschlüsse hinaus getroffen werden müssen. Ferner waren Maßnahmen zu treffen gegen die Zellenbildung. Dem hat bekanntlich in seiner Schrift „Kinderkrankheiten des Radikalismus“ vorgeschrieben, daß sich die Kommunisten durch Lügen, Verschweigen der Wahrheit und Vist in andere Parteien Eingang verschaffen sollen und die Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei ist erst neuerdings wieder als Hauptziel der Kommunisten aufgestellt worden. Daher muß

### durch bestimmte Maßnahmen eine Sprengung der Partei verhindert

werden. Es sind deshalb die Bedingungen, unter denen jemand nicht Mitglied der Partei sein kann, dahin erweitert, daß das zutrifft auf Personen, die einer anderen politischen Partei als Mitglied angehören oder sie finanziell unterstützen, die für eine andere Partei innerhalb der Sozialdemokratie wirken oder die gar gerne gegen die Partei selbst wirken. Das kann z. B. dadurch geschehen, daß sie in gegnerischen Organen Artikel gegen die eigene Partei veröffentlichen. Sind solche Fälle festgestellt, so soll nicht das ordentliche Ausschlußverfahren Platz greifen, das dem Betroffenen ermöglichen würde, nach monatelanger die Wählbarkeit gegen die Partei fortzusetzen, sondern es soll dem Parteivorstand das Recht eines

### außerordentlichen Ausschlußverfahrens

in solchen Fällen eingeräumt werden. Anträge, dies wieder herauszutreiben, bitte ich im Interesse des Vertrauens innerhalb der Partei und der Einheit der Partei abzulehnen. Die Meinungsfreiheit innerhalb der Organisation und Presse der Partei muß natürlich unter allen Umständen gewahrt werden. — Die Bezirksverbände sollen wie bisher Landesversammlungen abhalten können. Vorgehen ist ferner, daß als Vertreter der Partei nur gilt, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt worden ist; damit will man in den Gemeinden einzelne Arbeiterkandidaturen außerhalb der Parteiorganisation unterbinden. Die Kommission bringt Gleichberechtigung der weiblichen Mitglieder zum Ausdruck, indem sie im § 5 bestimmt, daß in allen Leitungen der Organisationen und in allen Delegationen den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis zu ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren ist. Damit soll auch dem rückständigsten männlichen Parteigenossen die Notwendigkeit der weiblichen Vertretung beigebracht werden. Den Instanzen wurde das Recht gegeben, Genossen in staatlichen Ämtern abzubauen, wenn die Partei weiterhin die moralische Verantwortung für das Amt nicht mehr übernimmt. Die

### Parteigeschäfte werden verpflichtet, von ihrem Reingewinn 20 Proz. an den Parteivorstand abzuführen.

Hier wird ein Zwang ausgesprochen, da man diese finanzielle Frage nicht in das Ermessen der Parteigeschäfte selbst stellen kann. Vorgehen ist ferner, den Bezirken eine weibliche Vertretung im Parteiaussschuss zu geben, wenn sie 10 000 weibliche Mitglieder haben, um ihnen damit einen Anreiz zur Gewinnung weiblicher Mitglieder zu geben. Das neue Organisationsstatut soll in Kraft treten, sobald es der Parteitag angenommen hat.

Reus-Deffau: Die Zahl von 300 Parteitagdelegierten, die das neue Statut vorsieht, ist noch viel zu groß; eine Beschränkung von 100 auf 120 würde vollaus genügen. Ich würde die Delegiertenzahl auf die Anzahl der nicht nach der Beitragszahlung, sondern nach der Bevölkerungszahl verteilen. Gewiß würden dadurch weniger Vertreter der Großstädte und der Industriearbeiter auf den Parteitag

kommen. Aber das wäre nur ein Vorteil. Denn wir müssen nicht eine Arbeiterpartei sein, sondern

### wir müssen eine Partei der Arbeit werden, wie die englische Labour Party.

Die Kleinbauern müssen wir gewinnen, um dadurch die Mehrheit des Volkes hinter uns zu bekommen.

Ludwig: Unser Statut ist der Niederschlag der bitteren Lehren, die wir Unabhängigen in den letzten Jahren erfahren haben. Es handelt sich dabei vor allem um diejenigen Elemente in der Partei, die planmäßig die Organisation zerstören wollten. Wir hatten in der USPD. Genossen in Ämtern, die gleichzeitig in Beziehungen zu den Kommunisten standen. Stoedter und andere bestritten das zwar, so daß wir nichts tun konnten, aber der klare Beweis wurde dann in Halle erbracht. Wir brauchen

### besondere Bestimmungen für die Schulle in der Partei, die nach Anweisungen von außen arbeiten.

Was wir bisher gebildet haben, duldet keine andere Partei. In vielen Orten sind Anträge gestellt worden, zu den Kommunisten oder Unabhängigen überzutreten, und es gab keine Möglichkeit, gegen solche Antragsteller vorzugehen, da die lokale Organisation sie deckte. Damit verdingt man sich aber an der eigenen Partei. Es gibt Fälle, wo die Parteileitung sich sofort von einem Parteigenossen lösen muß. Das trifft zu, wenn einer noch in der Partei bleibt, aber zu einer gegnerischen Zeitung übergeht und Artikel gegen die Partei veröffentlicht. In diesem Falle muß die Parteileitung zugreifen können. Aus diesen Gründen müssen Sie gerade diese Bestimmungen des Statuts, die diese Möglichkeit geben, einstimmig genehmigen. (Beifall.)

Vortun-Frankfurt a. M.: Unser Statut muß beweisen, daß wir die demokratischste Partei sind. Daher wünschen wir, daß alle Wahlen in der Partei durch Urwahlen erfolgen. Das besondere Ausschlußverfahren durch den Parteivorstand halte ich für eine außerordentliche Gefahr. Der bisherige Zustand hat sich bewährt.

Frau Arning-Regensburg wendet sich gegen die Bestimmung, daß erst 10 000 weibliche Mitglieder in einem Kreise Anspruch auf eine Delegierte zum Parteitag haben sollen. Wir beantragen, die Zahl auf 7000 herabzusetzen. Dadurch fördern wir kein Sonderrecht für die Frauen, sondern lediglich Anpassung an die gegebenen Verhältnisse. (Beifall.)

Thurm-Berlin: Trotz der glänzenden Attade Ludwigs gegen die Streichung des Ausschlußrechtes des Parteivorstandes, bitte ich dem Antrag auf Streichung zuzustimmen. (Es ist namentliche Abstimmung beantragt.) Der Passus vor im ersten Entwurf nicht enthalten und keine Organisation im Reich dürfte eine solche ungeheure Erweiterung der Macht des Vorstandes gewünscht haben. Die Stellungnahme des Genossen Ludwig hat uns um so mehr überrascht, da er in Halle mit Gewalt festgehalten werden mußte, damit er nicht zu den Kommunisten hinüberging. (Hört, hört! Widerspruch Ludwigs.) Natürlich sind auch wir nicht gewillt, Lumpen in unserer Partei zu behalten; aber viele Genossen befürchten, daß der Parteivorstand diesen Passus benutzen könnte, um in seinen Augen mit Hilfe der Parteigenossen aus der Partei zu entfernen. Einem solchen Mißtrauen sollte man den Boden entziehen durch Streichung des Passus. Es ist die Möglichkeit gegeben, auf ordnungsmäßigem Wege Parteischädlinge zu entfernen (Zuruf: Nach jahrelangem Verfahren); wir wollen keine Ausnahmeparagraphen schaffen. Aber wenn der Parteivorstand dann gegen die einzuschreiten, die in bürgerlichen Blättern, Nacht- und Abendblättern usw., in ganz gemeiner Weise gegen die Partei vorgehen? Ehe Lench aus der Partei entfernt wurde, hat es langer Zeit bedurft.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Lipski (Schlußwort): Der Antrag des Genossen Reus, die Agitation mehr auf das Land zu tragen, stimme ich zu; aber die Parteitagdelegation kann nicht auf Unorganisierte aufgebaut werden. Zu dem Antrag der Frauen möchte ich sagen, daß ich vor dreißig Jahren aus einer Organisation ausgeschlossen wurde (hört, hört!), weil ich mich der Frauen angenommen habe (Heiterkeit) und gleiches Recht für in der Organisation verlangte. Aber wenn ich für Gleichberechtigung der Frauen eintrete, so bekämpfe ich doch alle Sonderrechte der Frauen. Das Recht, unbeliebte Parteigenossen aus der Partei zu entfernen, soll dem Parteivorstand keineswegs gegeben werden, sondern nur die Möglichkeit, die Partei schnell von Parteiverfälschern in ihren eigenen Reihen zu befreien. Wenn der Fall Lench genannt wurde, so wundere ich mich, daß man nicht auch andere Fälle genannt hat, wo Parteigenossen gegen den Willen des Parteivorstandes aus der Partei hinausgedrängt wurden. Im übrigen hätte der Parteivorstand damals ein solches Recht eben nicht, wie es ihm jetzt gegeben werden soll. Das gewöhnliche Ausschlußverfahren wird damit auch nicht aufgehoben.

Der Antrag des Berichterstatters auf En bloc-Aannahme des vorgeschlagenen

### Organisationsstatuts wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ebenfalls mit großer Mehrheit wird der Statutenentwurf selbst angenommen. Damit sind alle Abänderungsanträge erledigt.

Das Statut tritt, wie Vorf. Wels erklärt, mit dem heutigen Augenblick in Kraft; die Bestimmungen über die Beitragszahlung frühestens vom 1. Juli ab. Für die Kontrollkommission, die durch die Vereinigung über ihre neun Mitglieder hinaus erweitert worden war, sind morgen, Sonnabend, wieder neun Mitglieder zu wählen. Vorf. Wels verliest zum Schluß folgende

### Erklärung:

„Die unterzeichneten Delegierten als Mitglieder des engeren und erweiterten Bezirksvorstandes Groß-Berlin stellen fest, daß die Behauptung des Genossen Heinig, der Berliner Bezirksvorstand hätte sich an den Parteivorstand mit der Bitte um Vermittlung gewandt, unrichtig ist. Der Bezirksvorstand hat eine solche Bitte nie ausgesprochen. Thurm, Wengels, Hamisch, Otto Meier, Schweikardt, Maderholz, Jubel.“

Um 6 Uhr abends werden die Verhandlungen abgebrochen und auf heute, Sonnabend, 9 Uhr vertagt.

Berichtigung. Als Vertreter des Saarlandes sprach gestern auf dem Parteitag Genosse Dr. Sender, Saarbrücken (nicht Genossin Sender). Daß Sollmann den Anschluß der Jungsozialisten an die großen „Geistesströmungen“ der Zeit gefordert haben soll, wird — bei dem bekannten Charakter des Redners — unsere Leser selbst gemindert haben. Es werden wohl „Geistesströmungen“ gemessen sein!

### Austritt aus der JAH.

Die Genossen Mathilde Wurm und Kurt Rosenfeld, die bisher dem Deutschen Reichskomitee der JAH. angehört, haben jetzt, veranlaßt durch die Konflikte im sächsischen Bergrevier, ihren Austritt aus dem Reichskomitee der JAH. erklärt. Sie begründen ihren Austritt wie folgt:

Seit dem Ausbruch des Bergarbeiterkampfes, Anfang Mai, ist es im sächsischen Bergrevier innerhalb der JAH. zu einem Konflikt gekommen, der zum Austritt der Kommunisten aus dem Jwider Komitee geführt hat. Seitdem ergab sich, daß ein weiteres Zusammenarbeiten von Mitgliedern der USPD. und SPD. zurzeit nicht mehr möglich ist. Die schon zu einem früheren Zeitpunkt geplante, aber erst jetzt möglich gemessene Sitzung des deutschen Reichskomitees hat bei einer Aussprache mit Jwiderer Vertretern der USPD. und SPD. zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt. Wir sehen deshalb jetzt die Voraussetzungen für ein weiteres gedeihliches Zusammenarbeiten in der JAH. nicht mehr als vorliegend an und erklären hiermit unseren Austritt aus dem deutschen Reichskomitee der JAH.

# Reform der Strafrechtsreform.

Von Staatsanwalt Marx-Heidelberg.

Wenn man das Maß von Interesse und Aufmerksamkeit, das ein Volk seiner Strafrechtsreform und deren Verfassung entgegenbringt, als Gradmesser seines allgemeinen Verständnisses für politische Fragen nimmt, wird man in Deutschland zu betrüblichen Schlussfolgerungen gelangen müssen. Kann man sagen, daß der Kampf gegen die bayerischen Volksgerichte und ihre teilweise sehr bedenkliche destruktive Rechtsprechung im Volke starken Rückhalt hatte? Und wie war es denn selbst, um von anderem ganz zu schweigen, bei jenem berühmten Münchener Urteil vom 1. April 1924, das Hitler und seine Mittäter teils dem Worte nach, teils moralisch freisprach? Auch da war keinerlei wirkliche Bewegung zu verspüren. Zumeist blieb es bei oberflächlichen Wertungen, während die gefährlichsten politischen Auswirkungsmöglichkeiten so gut wie unerörtert blieben. Kann es bei einer solchen Geisteshaltung des deutschen Menschen Wunder nehmen, wenn er über den Sorgen des Alltags und der Streitfragen der Sozial- und der Außenpolitik schon nahezu vergessen hat, daß vor wenigen Monaten im Gefolge des Ermächtigungsgesetzes die Ordnung der Strafgerichte sozusagen unter der Hand umgestaltet worden ist. Im Wahlkampf hat man eigentlich kaum mehr davon gesprochen. Soll das bedeuten, daß die Strafrechtsreform die Gestalt und den Aufbau, die ihr das Nachwort des ehemaligen Reichsjustizministers Emminger, der übrigens nur längst vorhandene Vorschläge anderer verwirklichte, gegeben hat, behalten und keine Reform der Strafgerichtsreform in Angriff genommen werden soll?

Schon der Gedanke einer neuen Reform wird natürlich von vielen vorwurfsvoll zurückgewiesen werden. Man wendet ein, daß die häufige Aenderung der Gesetze und öffentlichen Einrichtungen ihrem Ansehen nachteilig und gerade auf dem Gebiet der Justiz ein gewisser Konservatismus notwendig sei. Diesen Grundtönen ist durchaus zuzustimmen. Die Reform, für die hier plädiert wird, soll auch lediglich dazu dienen, ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen, indem sie einige der Neuerungen zugunsten des alten, aber doch wenigstens ihm angenäherten Rechtszustandes wieder beseitigt. Denn die Praxis hat gezeigt, daß die Emminger'sche Reform der elementarsten Forderung, die an jede Strafgerichtsordnung zu stellen ist, nämlich der der Volkstümlichkeit auf das Entschiedenste zuwiderläuft und die frühere Regelung ihr teilweise mehr entspricht hat.

Die Praxis der Neuordnung hat, wie vorauszu sehen war, die Zuständigkeit der Strafgerichte in der Weise verschoben, daß die Tätigkeit der bisherigen Schöffengerichte auf den Amtsrichter als Einzelrichter und diejenige der Strafkammern, erweitert um eine Anzahl von Fällen aus dem Bereich der Schwurgerichte (Münzprägung, Brandstiftung u. a.) auf die Schöffengerichte übergegangen ist. Nun ist es ja eine bekannte Tatsache, daß die weitaus überwiegende Zahl aller Delikte vor den Schöffengerichten zur Aburteilung gelangte. Das gleiche trifft namentlich für den Einzelrichter zu. Wenn die Schöffengerichte so volkstümlich waren und ihre Rechtsprechung hohes Ansehen genossen, so beruhte dies zu einem sehr wesentlichen Teil auf der Mitwirkung der Laienbeisitzer, die mit den Verhältnissen des in aller Regel kleinen Schöffengerichtsbezirks genau vertraut waren. Diese wertvollen Assistenten hat man dem Richter genommen und läßt ihn nun allein amtierend. Das ist insofern sehr schmeichelhaft für den Richterstand als darin ein starkes Vertrauen in ihn zum Ausdruck gelangt. Indessen hat man mit dieser Regelung weder dem Einzelrichter noch der Gesamtheit der Justiz einen Gefallen erwiesen. Man darf erhebliche Zweifel hegen, ob die materiellen Vorteile, die eventuell die Neuordnung erzielt, die ideellen Nachteile, die mit in Kauf genommen werden mußten, aufwiegen. Gewisse Bagatellsachen, darüber ist kein Wort zu verlieren, wird man dem Einzelrichter ohne weiteres vorbehalten können. Dazu gehören insbesondere diejenigen Sachen, für die der Amtsrichter jetzt ausschließlich für zuständig erklärt ist, mit Einschluß der Privatklagen, bei denen allerdings im Interesse des Ehrenscheiters, mit dem es ja ohnehin reichlich schlecht bestellt ist, das unbeschränkte Berufungsrecht wieder hergestellt werden muß. Im übrigen aber sollte man zu der alten guten Einrichtung des Schöffengerichts zurückkehren.

Man hört jetzt von zahlreichen Amtsrichtern, daß sie die Schöffen sehr vermiffen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß für die meisten Menschen sich die Gedanken erst in der Aussprache klären. Für den Richter ist es daher in der Regel unter diesem Gesichtspunkt schon, abgesehen von allem anderen, sehr wertvoll, wenn er das Ergebnis der Beweisaufnahme, die sich ja auch vor dem Einzelrichter sehr kompliziert gestalten kann, mit Laienbeisitzern durchzusprechen in der Lage ist. Bei der Aussprache zwischen Richter und Laien können diese ihm dank ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse sehr schätzbare Dienste leisten, die auch für einen Richter, der die Entscheidungskraft, allein zu entscheiden, in hohem Maße besitzt, von Bedeutung sind. Viele Einzelrichter sehen die Schöffen auch wegen der Autorität, die sie dem Urteilspruch verleihen, gern neben sich. Die Erfahrung hat gezeigt, daß wenn schon einmal der Ein-

zelrichter eine an sich durchaus gerechtfertigte hohe Strafe ausspricht, sofort geltend gemacht wird, das Urteil sei auf das Fehlen der ausgleichenden Laienbeisitzer zurückzuführen, und die Berufungsinstanz angerufen wird.

Aber es leidet unter der weitgehenden Ausschaltung der Laien aus der Strafrechtsreform nicht nur das Vertrauen zu dem einzelnen Richterspruch, sondern zu der Strafrechtsreform überhaupt. Die früheren Schöffengerichte haben einem ziemlich weiten Kreis des Volkes einen Einblick in die Art der Rechtsfindung gewährt und dadurch dazu beigetragen, das Mißtrauen gegen die Justiz zu zerstreuen, das durch nichts so sehr gefördert

## Während der Ferien- und Reisezeit

kann der „Vorwärts“ auf jede Dauer allerorts bezogen werden.

### Touristen und Wanderer

fördern das Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungskiosken, Buchhandlungen und sonst. Verkaufsstellen.

### Sommerfrischer

lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltzeit unter 14 Tagen per Kreuzband durch die Hauptexpedition nachsenden. Außer dem Abonnementbeitrag ist in diesem Falle das Porto zu zahlen, welches wochentags 5 Pf., Sonntags 10 Pf. (pro Woche 40 Pf.) beträgt. Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ durch Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In letzterem Falle kommen zu dem Abonnementbeitrag die Zustellungsgebühren in Höhe von 48 Pf. pro Juni, für Juli 72 Pf. Sobald die eine oder andere Art der Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabe oder die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu benachrichtigen. Abonnenten, welche den „Vorwärts“ bereits durch die Post beziehen, können denselben jederzeit bei dem Postamt gegen eine Gebühr von 50 Pf. umbestellen. Bei Postüberweisungen bitten wir zu beachten, daß die Angabe der neuen Adresse bei der Ausgabe oder bei der Hauptexpedition bzw. bei der Post möglichst eine Woche vorher erfolgt, um eine rechtzeitige Zustellung des „Vorwärts“ zu gewährleisten.

## „VORWÄRTS“-VERLAG

Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Fernspr. Dönhoff 2506/2507

wird, als durch das Geheimnisvolle, das für das Volk über einer Staatsinstitution gebreitet ist. Die Art der Rechtsfindung des Einzelrichters bleibt dem Volke verborgen. Es hat, zumal die Schöffengerichte als Strafkammerersatz vielfach an die Landgerichtsstände hereingekommen sind, keine Gelegenheit, die Grundsätze und die Denkwiese des Strafrichters, in dessen Händen der größte Teil der Strafrechtsprechung liegt, kennen zu lernen. Dazu kommt ein weiteres Moment, das nach außen hin ungünstig wirkt. Bekanntlich wird eine sehr große Zahl der Strafsachen heute im Wege des Strafbefehls erledigt. Auf Einspruch hin wurde die Sache bisher vorm Schöffengericht verhandelt, jetzt dagegen geht sie vor den Einzelrichter, denselben Richter, der zuvor den Strafbefehl erlassen hat. Man nimmt, wie ich höre, insbesondere auf dem Lande daran Anstoß, daß die Entscheidung wiederum dem Richter, der sich durch Erlassung des Strafbefehls schon bis zu einem gewissen Grade festgelegt hat, übertragen ist. Das Volk will, wie es in Süddeutschland heißt, seine Sachen „verschöffelt“, d. h. vom Schöffengericht abgeurteilt haben. Wahrscheinlich wird bei der jetzigen Regelung die Zahl der Berufungen sich mehren. Aber selbst wenn die Statistik keine Zunahme der Berufungen zeigen sollte, ist damit immer noch nicht erwiesen, daß die gegenwärtige Strafgerichtsorganisation, vor allem soweit der Einzelrichter in Frage kommt, volkstümlich ist.

Das Schöffengericht soll wieder das Volksgericht werden. Es kann für die größte Zahl aller Strafsachen erstinstanzliches Gericht sein. Daneben genügen Schwurgericht und Reichsgericht als weitere erstinstanzliche Gerichte. Das Schöffengericht kann entsprechend der Scheidung in kleine und große Strafkammer in ein kleines und ein großes Schöffengericht geteilt werden. In die Zuständigkeit des kleinen Schöffengerichts, besetzt mit 1 Richter und 2 Laien, wären alle Vergehen und die minder wichtigen Verbrechen, in die des großen Schöffengerichts, besetzt mit 2 Richtern und 3 Laien, die Verbrechen, die nicht zur Zuständigkeit des Schwur- oder Reichsgerichts gehören, ferner wahlweise Vergehen von besonderer Bedeutung zu verweisen. Der Rechtszug vom kleinen Schöffengericht hätte über die kleine Strafkammer an das Oberlandesgericht, die vom großen Schöffengericht über die große Strafkammer an das Reichsgericht zu gehen. Damit wäre ein klarer Aufbau der Strafgerichtsorganisation gewonnen und gleichzeitig die unglückselige Einrichtung des Biermännergerichts beseitigt, zu dem das Schöffengericht nach Willkür der Staatsanwaltschaften mit der Folge werden kann, daß die Revision, statt wie im Regelfall an das Oberlandesgericht, an das Reichsgericht geht.

Wenn schon hinsichtlich der Beseitigung des Einzelrichters zugunsten des Schöffengerichts weitgehende Übereinstimmung unter den Juristen zu erzielen sein dürfte, wird um die Gestaltung des Schwurgerichts voraussichtlich ein harter Kampf entbrennen. Im Augenblick besitzen wir in

Deutschland keine Schwurgerichte mehr. Was die Verfassungsverfassung mit diesem Namen befragt, sind nur erweiterte Schöffengerichte. Das wesentlichste und charakteristischste Element des Schwurgerichts, die mit der Beantwortung der Schulfrage selbständig betraute Geschworenengruppe, ist verschwunden. Es gibt wenig beamtete Juristen, gleichviel unter welcher Parteirichtung man suchen mag, die das Schwurgericht liebten und wohl noch weniger, die es in seiner alten Form zurückwünschten. Seine Organisation wies erhebliche Mängel auf, deren wesentlichen man in der strengen Trennung von Richtern und Geschworenengruppe zu erblicken haben wird. Das mußte sehr häufig zu bedenklichen Fehlsprüchen der Geschworenen und zu Strafzumessungen durch das Gericht führen, die den Intentionen der Geschworenen in keiner Weise entsprachen. Man wird aber doch mit Berechtigung die Frage aufwerfen dürfen, ob nicht doch die Erhaltung der Schwurgerichte alter Art im Interesse der Volkstümlichkeit der Strafrechtsreform angebracht und ob es nicht möglich gewesen wäre, die gerügten Mängel auf andere Weise zu beheben als durch völlige Beseitigung des Schwurgerichts, das wohl ehemals aus einem fremden Rechtsgebiet nach Deutschland herübergenommen wurde, aber in hohem Maße populär und geeignet war, das Vertrauen zur Strafrechtsreform im Volke zu festigen. Legt man Wert auf ein juristisch möglichst exakt arbeitendes Gericht, dann ist die jetzige Gestaltung des Schwurgerichts wohl das annähernd Zweckmäßigste. Wer aber über die formaljuristische Genauigkeit die Erzielung weitgehenden Vertrauens zur Justiz in den breiten Massen stellt, wird sich wohl für das alte Geschworenengericht entscheiden, das allerdings in mancher Hinsicht, so durch Beratung der Geschworenen durch einen Richter und gemeinsame Beratung der Strafe durch einen Ausschuss der Geschworenen mit dem Gericht, Aenderung des Ablehnungsrechts und einiges andere verbessert werden könnte.

Es wird manche geben, die die Emminger'sche Reform in erheblich weitergehendem Maße abgeändert sehen möchten als es hier angeregt ist. Indessen wird man auch nicht überschätzen dürfen, daß sie manche längst erstrebte gute Neuerung gebracht hat wie die Berufung gegen die Urteile der Strafkammern und die Laienbeteiligung in der Berufungsinstanz. Demgegenüber will es mir nach meinen Erfahrungen von nachgeordneter Bedeutung erscheinen, ob eine Instanz mit zwei Richtern und drei Laien besteht ist oder ob das Verhältnis zwischen Berufs- und Laienrichtern sich umgekehrt verhält. Wenn man unter den heutigen Verhältnissen schon etwas erreichen will, wird man auf daran tun, seine Forderungen auf das wirklich Notwendige und praktisch leicht Durchführbare zu beschränken. Denn auch im politischen Leben gilt wie im Prozeß als Erfahrungstatsache, daß eine plus petitio, d. h. eine Zuvielforderung, leicht zum Mißerfolg führt.

## Aus der Partei.

### Bildungsveranstaltungen in der Ferienzeit.

Der Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit unternimmt, wie wir gelegentlich schon an anderer Stelle erwähnt haben, in diesem Jahre zum erstenmal den Versuch, eine Reihe größerer Ferienveranstaltungen durchzuführen. Damit wird weitesten sozialistischen Kreisen Gelegenheit gegeben ihre Ferienzeit in Gemeinschaft gleichgestimmter Menschen mit höchstem Gewinn zu verbringen. Die Veranstaltungen sollen Erholung mit geistiger Betätigung verbinden. Veranstaltet werden die folgenden Ferienkurse: Henningsen-Hamburg: Erziehung und Sozialismus (3.-9. Juli in Bernigerode); Vuitold-Stern-Prag: Die Arbeiterbewegung, ihr Zweck, Wesen und Aufbau (20.-26. Juli in der Heimvolkshochschule Schloss Tinz, Gera-Neuh.); Engelbert-Stras-Stuttgart: Das Arbeiterbildungsproblem (27. Juli bis 1. August in Hildesheim); Rennie-Smith-Sheffield (England): Die englische Arbeiterbewegung und ihre Geschichte (8.-14. August in Pirna); Reg.-Rot-Waldt-Berlin: Die Lebenswelt des Industriearbeiters (11.-16. August in Marburg); Prof. Leo Kestenberg-Berlin: Kunst und Sozialismus (1.-6. September in Bamberg).

Daneben finden soziale Studienreisen unter fachkundiger Führung statt, von denen 4 ins Ausland gehen: 20. bis 26. Juli: Hamburg und Kiel, 11.-17. August: Riesengebirge-Waldenburger Industriegebiet, 24.-30. August: Berlin und Umgebung, 1.-7. September: Frankfurt a. M.-Odenwald-Heidelberg. Ferner geben drei Reisen ins Ausland: 9.-17. August: England (London-Oxford); 10.-18. August: Dänemark (Kiel-Kopenhagen); 22.-31. August: Tschechoslowakei, Osterreich (Prag-Wien).

Bei der Vorbereitung dieser Veranstaltungen ist darauf gesehen worden, daß die Kosten, die den Teilnehmern entstehen, auch hinsichtlich der Verpflegung und Unterbringung so gering als möglich bemessen sind. Mögen recht viel Genossen und Genossinnen die hier gebotene gute Gelegenheit für ihre Ferienzeit benutzen! Über alle Veranstaltungen ist ein ausführliches Programm erschienen, das alle Bedingungen für die Teilnahme enthält und durch den Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu beziehen ist.

## Sommersprossen

Jetzt ist es Zeit, Sommersprossen, überlebte, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen zu beseitigen durch Bleichen mit Rizorsem und Rizorsole. Unschmerzhaft und seit Jahren bewährt. Mit genauer Anweisung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

## Noch sind Ihre Zähne gesund —

wenn Sie aber Ihren Mund und Ihre Zähne nicht richtig pflegen, dann werden sich bald Krankheitserscheinungen bemerkbar machen, die Ihnen qualvolle Stunden bereiten. Beugen Sie vor! Ein Glas warmes Wasser mit ein paar Tropfen Odol — mehr brauchen Sie nicht. Damit spülen Sie tüchtig den Mund, und damit bürsten Sie — am zweckmäßigsten nach jeder Mahlzeit — gründlich die Zähne: das ist die beste Methode, Ihren Mund und Ihre Zähne zu pflegen und außerdem auch die billigste, denn Odol ist sparsamer im Gebrauch als alle Zahnpasten und Zahnpulver. — „Odol“ ist ein Kulturbegriff. Odol gehört der Welt!



